3. Jahrgang / Nr. 4 / April 1925 / Einzelpreis: 0,70 M

Die Kriegsschuldfrage

Monatsschrift für internationale Aufklärung

herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen

Schriftleitung: Alfred von Wegerer.

INHALT

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und den Verlag der Zentralstelle.

Berlin NW6, Luisenstr. 31 a. Fernsprecher: Norden 5836.

Als der deutsche Reichskanzler am 29. August das den Besiegten entrissene Schuldbekenntnis widerrief, antwortete die französische Regierung mit einem recht armselig gefaßten Communiqué an die Presse, in dem es hieß, das wäre ein „abgeurteilter Fall".

Hatten die Verfasser des Communiqués vergessen, daß so das Argument jener Minister lautete, die verkündeten, „es gäbe keine Dreyfus-Affäre?" Wußten sie nicht, daß man bereits seit recht langer Zeit einen Vergleich zwischen der alten und der neuen Dreyfus-Affäre zog, d. h. der Regelung des Friedens als Bestrafung für die Verantwortlichkeit am Kriege? Gewiß wußten sie das eine nicht und hatten das andere vergessen. Andernfalls hätten sie keinen so unglücklich gewählten Ausdruck gebraucht.

„Ein abgeurteilter Fall!" Auf dieses immer wieder aufgegriffene Argument antworteten die „Revisionisten" von damals:

„Die Wahrheit ist auf dem Wege und nichts wird sie aufhalten!" Sie wiederholen auch: „Gerechtigkeit und Wahrheit!" Man weiß, was sich dann zugetragen hat.

In der neuen Affäre Dreyfus wird die Wahrheit nicht allein der Gerechtigkeit zum Triumph verhelfen. Sie wird auch den Frieden sichern."

ALCIDE EBRAY:

Der unsaubere Frieden (Versailles).
Verlag für Kulturpolitik, München 1925, S. 415.

England und die „Aktivierung" der Entente im Jahre 1912.

Von HANS ROTHFELS.

Die Jahreswende 1911/12 etwa kann man als eine wichtige Etappe in der Geschichte der Entente bezeichnen. Bisher war England unbestritten die führende Macht gewesen. Es hatte durch den Abschluß mit Frankreich und Rußland die europäische Situation maßgeblich bestimmt, in der Annexionskrise den russisch-österreichischen Ausgleich verhindert und in der Marokkokrise von 1911 Oel ins Feuer gegossen. Währenddem hatten die europäischen Gegensätze sich erheblich verschärft, in der Flottenfrage war der für England kritische Punkt durch die Ausführung des großen Bauprogramms von 1909 überwunden, Deutschland und Oesterreich-Ungarn hatten während des Tripoliskrieges äußerste Entsagung üben müssen. Vom englischen Standpunkt war kaum eine bessere Ordnung der Dinge denkbar. Vielleicht genügte der diplomatische Druck der Lage, um Deutschland zu maritimem Verzicht zu zwingen, dann konnte die englische Politik in die Rolle des arbiter mundi zurücklenken. Fraglich war nur, ob die beiden anderen Partner der Entente eine solche Revision zulassen würden. Nicht um englischer, sondern um eigener, sehr positiver Interessen willen waren sie in das Verhältnis eingetreten. Es zeigte sich, daß sie den Willen und die Kraft hatten, den von England geschaffenen und in den letzten Jahren lebensfähig gewordenen Apparat zu aktivieren und eventuell versuchen würden, nun ihrerseits England hinter sich herzuziehen.

Diese Entwicklung ist hier, soweit sie die russisch-französische Politik betrifft, nicht zu verfolgen. Ihre wichtigsten Etappen sind bekannt. Sie beginnt mit der Wahl Poincarés zum Ministerpräsidenten (14. Januar 1912) und führt über die Intrigue gegen Louis, den Beginn des Bestechungsfeldzuges in Paris, den Balkanbund vom März, die russisch-französische Marinekonvention vom Juli und die gleichzeitigen Generalstabsverhandlungen zum Besuch Poincarés in Petersburg im August 1912. Es kam hier, wie bekannt, zu einer weitgehenden Verständigung zwischen Sasonow und Poincaré, in der der casus foederis für die im Balkanbund, dieser „convention de

guerre",[1]) liegenden Perspektiven bestätigt wurde. Rückblickend stellte Poincaré Anfang September fest, daß die verantwortlichen französischen Persönlichkeiten die Aussichten „im Falle eines allgemeinen Zusammenstoßes sehr optimistisch beurteilten".[2])

Aber würde England auf diesen Weg, der frei „von jeder Furcht vor Verantwortung"[3]) war, mit eingehen, würde es in einem Konflikt, der von dem ihm bisher unbekannten Balkanbund seinen Ursprung nahm und die kontinentalen Mächte der Reihe nach automatisch ergriff, sich an die Seite der Ententegenossen stellen? Auch diese entscheidende Frage wurde zwischen Poincaré und Sasonow vertraulich erörtert. Der französische Ministerpräsident setzte seinen russischen Kollegen von den Besprechungen der französisch-englischen General- und Admiralstäbe in Kenntnis. Dieser Ideenaustausch habe zu einer mündlichen Vereinbarung der Regierungen geführt, gemäß der England bei deutschem Angriff Frankreich mit seiner Land- und Seemacht zu Hilfe kommen werde. „England habe versprochen, Frankreich durch ein an die belgische Grenze zu entsendendes Detachement von 100 000 Mann zu unterstützen, um einen vom französischen Generalstab erwarteten Einbruch der deutschen Armee durch Belgien abzuwehren."[4]) Poincaré regte im Anschluß daran an, ob Rußland und England nicht eine Flottenkonvention schließen könnten.

So stellte sich also, von Frankreich aus gesehen, das Bild Englands in der Entente dar. Es war gebunden — durch die militärischen Abreden seit 1906, aber lediglich für den Fall des deutschen Angriffs gegen Frankreich. Die Verletzung der belgischen Neutralität war dabei, wie man sieht, nur eine besondere, allerdings für sehr wahrscheinlich gehaltene Eventualität. Für Frankreich bedeutete die Entente mit England also zwar nicht formell, aber tatsächlich ein Defensivbündnis.[5]) Nun blieb es

---

[1]) Nach Poincarés Ausdruck (Les Affaires Balkaniques, I, S. 38 f. und 112).

[2]) Livre noir I, S. 326. Iswolski II, S. 251.

[3]) So Sasonows Endurteil über die Persönlichkeit Poincarés in dem Bericht an den Zaren vom 4./17. August 1912. (Livre noir II, 345. Iswolski II, S. 226.)

[4]) Dieses Versprechen ist endgültig im Sommer 1911 erteilt worden. Fabre-Luce, „La Victoire", S. 117. (Abänderung des französischen Aufmarschplans.)

[5]) Daß im Mai des Jahres nicht nur in der Presse, sondern auch in Regierungskreisen der Gedanke eines formellen Bündnisses erörtert wurde, belegen Siebert, S. 796 f. und 769 und Livre noir I, 269 f. Nicolson wird

jedoch möglich, daß Deutschland, indem es für Oesterreich eintrat, taktisch klug genug war, sich zunächst gegen Rußland zu wenden, und daß dann Frankreich gemäß seiner Bündnispflicht und der eben noch erneuerten Zusage Deutschland angreifen mußte. In einem solchen Falle war England ungebunden. Auf diese Lücke zielte Poincarés Vorschlag der russisch-englischen Marinekonvention. Kam sie zustande, dann wäre nicht nur der Wille der russischen Staatsmänner, das Instrument des Balkanbundes in Kraft treten zu lassen, ohne Zweifel ermutigt worden, sondern auch Frankreich hätte indirekt vermehrte Sicherheit erhalten.

Es besteht kein Anlaß zu vermuten, daß man in London von dieser Politik der Bundesgenossen, die eine Art Verschwörung gegen das ängstlich gehütete Dogma der englischen Handlungsfreiheit darstelle, gewußt hat. Erst einen Monat später, bei seinem Besuch in Balmoral, machte Sasonow die erste Andeutung, er erhielt eine freundliche, aber platonische Antwort.

Jedoch es fehlte für England, auch ohne daß man die Einzelheiten der russisch-französischen Pläne kannte, nicht an Anlässen zum Einlenken.[6]) Die Zuspitzung der Marokkokrise, die in Lloyd Georges Rede vom Juli 1911 ihren schärfsten Ausdruck gefunden hatte, hinterließ ein Gefühl der Ernüchterung. War es wirklich englisches Interesse, zugunsten russischer Erwerbsziele — 1909 —, zu Gunsten französischer — 1911 — die Last eines allgemeinen Krieges auf sich zu nehmen? Während die konservative Partei die Außenpolitik des Ministeriums Asquith-Grey unterstützte, fand diese in der eigenen liberalen Anhängerschaft starke Opposition. Namentlich die Enthüllungen des englischen Kapitäns Faber über die maritimen Vorbereitungen während der Marokkokrise hatten die City verstimmt. Zu allen Zeiten haben englische Kabinette auf solche innerpolitischen Strömungen sorgsam Rücksicht nehmen müssen. Dazu kamen noch jene Mißhelligkeiten mit Rußland in Persien, in die das bei Siebert veröffentlichte Material einen so tiefen Einblick verstattet. Und es kam schließlich hinzu, daß Deutschland mit dem Plan einer Flottenverstärkung hervortrat, die den

---

von Benckendorff als Anhänger des englisch-französischen Bündnisses, ja eines „Dreibundes" charakterisiert. Poincaré hielt sich zurück mit offenbarem Verständnis für die Bedingtheiten englischer Bündnispolitik.

[6]) Dazu sehr interessant der Stimmungsbericht Benckendorffs vom 26. Januar/8. Februar 1912. (Siebert, S. 738 ff.) Vgl. dazu den bei Huldermann, Ballin S. 235 ff. gedruckten und vom Kaiser mit Randbemerkungen versehenen Artikel der „Westminster Gazette" von Ende 1911.

Prestigeverlust der Marokkokrise auszugleichen bestimmt war. Sollte man englischerseits nicht den Versuch machen, jetzt, da man über Deutschland einen offenbaren Erfolg errungen hatte,[7]) aus dem Zirkel des Wettrüstens herauszukommen und eine Entspannung herbeizuführen, die gegenüber den Ententegenossen größeren Rückhalt bot und zugleich die innerpolitische Situation erleichterte.

Wir kennen diese englische Politik der Jahreswende 1911/12, die in der Haldane-Mission gipfelt, im wesentlichen nur aus dem Reflex der deutschen Dokumente, aus Bethmann und Tirpitz, aus Huldermann und Hammann und aus den Aktenauszügen des Brandenburgschen Buches. Die englische Memoirenliteratur ist wie meist unergiebig, namentlich Haldane selbst[8]) läßt uns nirgend tiefer in die Absichten des leitenden Triumvirats hineinblicken. Die russische Berichterstattung ist im allgemeinen nur sekundär. Angesichts dieser Sachlage haben die meisten Darstellungen[9]) sich darauf beschränkt, die Gründe des Mißerfolgs vorwiegend in der deutschen Politik jener Wochen nachzuweisen. Sicher ist es nicht schwer, das Berliner Konto mit gewichtigen Fehlern zu belasten. Wie so oft in diesen Jahren durchkreuzten sich zwei Linien des politischen Raisonnements, Bethmanns maritime Verzichtspolitik, die — in der Sprache des 17. Jahrhunderts gesprochen — keine „ombrage" erregen und dafür eine Entspannung, evtl. eine Lockerung der Entente eintauschen wollte, und der Gedanke des Admirals von Tirpitz, der durch steigende Machtentfaltung und wachsendes Risiko England zur Anerkennung der deutschen Stellung zwingen oder aber die Flotte als Kompensations- und Bündnisobjekt großen Stiles ausspielen wollte. Keine dieser Linien drang ganz durch, sie wurden zum Kompromiß zusammengebogen und damit die Flottennovelle als Kompensationsobjekt von vornherein entwertet. Auch bei den Verhandlungen selbst arbeiteten die Ressorts neben und gegeneinander.

Haldane, der als „explorer" nach Berlin kam, tat einen tiefen Blick in das „Chaos" der dortigen Regierungsmethoden.[10]) Aber unabhängig von diesen deutschen Fehlern besteht die Frage zu recht, ob von englischer Seite aus überhaupt ernstlich an ein „zweiseitiges Geschäft" gedacht war, an ein Flotten-

[7]) Dieses Moment betont Benckendorff stark. Siebert, S. 741, 751.
[8]) Before the war, S. 57 ff.
[9]) So namentlich neuerdings Brandenburg.
[10]) Haldane a. a. O. 71.

agreement, das zugleich den Ententedruck auf Deutschland auch nur irgendwie mäßigte und der russisch-französischen Aktivität eine bestimmte Grenze setzte. Das entscheidende Kriterium dafür ist die Behandlung der Neutralitätsfrage. Daß Greys endgültige Formel von Mitte März ungenügend war, bedarf kaum des Beweises. Das, was Grey anbot, war so selbstverständlich, daß es als diplomatischer Affront wirken mußte. Indem England erklärte, keinen Angriff zu planen und keiner aggressiven Kombination anzugehören noch einer solchen beitreten zu wollen, schloß es eine Haltung aus, deren bloße Möglichkeit aller internationalen Sitte schroff widersprochen hätte. Und indem es diese Absage an aggressive Pläne als eine Gegengabe, eine Kompensation charakterisierte, unterstellte es gradezu, daß bei deutscher Hartnäckigkeit ein Wandel in dieser Haltung denkbar sei. Man könnte geneigt sein, das ganz ungenügende englische Angebot mit den ersten öffentlichen Andeutungen über die deutsche Flottennovelle (8. März) und den nachträglich auftretenden Differenzen über den Personaletat zu begründen. Dem steht aber entgegen, daß schon das englische Memorandum vom 28. Januar 1912[11]) sich genau auf der Linie des endgültigen Greyschen Vorschlages hält. In der Tat mit einer so einseitigen „Entspannung" konnten die Ententegenossen wohl zufrieden sein. Von Anfang an hat Grey sie auf dem laufenden gehalten.[12]) Auch Poincaré erhob keine Bedenken, nur die militärischen Kreise Frankreichs waren besorgt, daß eine Begrenzung der deutschen Flotte der deutschen Armee zugute kommen werde.[13])

Wenn Greys Vorschlag demnach in keiner Weise genügte, so wird man andererseits zugeben müssen, daß Bethmanns Formel für England schwer akzeptabel war. Das Versprechen wohlwollender Neutralität und möglichster Lokalisierung, wenn eine Macht in einen Krieg mit einer oder mehreren verwickelt würde, war zu allgemein, um nicht mit den englischen Ententeverpflichtungen und dem englischen Interesse an der Aufrechterhaltung des Gleichgewichts zu kollidieren. Aber dazwischen lag eine vermittelnde Formel, die einen sehr präzisen Kern hatte. Metternich regte an, Greys Vorschlag dahin zu ergänzen: „England wird .. wenigstens wohlwollende Neutralität bewahren, wenn Deutschland ein Krieg aufgezwungen werden

---

[11]) Im Auszug bei Brandenburg, S. 345 ff.

[12]) Siebert, S. 738 ff.

[13]) A. a. O. S. 762. Livre Noir I, 201. Iswolski II, S. 48.

sollte."[14]) Man mag über die Bedeutung papierner Garantien und die Möglichkeit, defensive Fälle abzugrenzen, noch so skeptisch denken, die Annahme dieses Vorschlags hätte immerhin dem offensiven Gedanken der russisch-französischen Militärkonvention[15]) und dem provokatorischen Element des Balkanbundes eine bestimmte Grenze gesetzt. Die Lücke, die Poincaré zu schließen suchte, wäre damit bewußt offen gehalten worden. Grey lehnte aber ab. Da Deutschland seine Flotte wieder verstärke, könne England seine alten Freundschaften nicht gefährden. „Ein direktes Neutralitätsabkommen würde unbedingt die französische Empfindlichkeit reizen." Wir wissen aus dem Livre noir,[16] daß diese Besorgnis eine sehr begründete war. Am 5. Dezember meldete Iswolski nach Petersburg, Deutland habe gelegentlich der Reise Haldanes einen ganz bestimmten (den soeben erwähnten) Vorschlag gemacht. In England sei man zweifelhaft gewesen und habe Poincaré benachrichtigt. „Herr Poincaré sprach sich aufs nachdrücklichste gegen eine solche Verpflichtung aus. Er hat der englischen Regierung gegenüber darauf hingewiesen, daß die Unterzeichnung eines solchen Vertrages durch England mit Deutschland den gegenwärtigen französisch-englischen Beziehungen mit einem Schlage ein Ende mache würde, da zwischen Frankreich und England keine schriftliche Vereinbarung allgemein politischen Charakters existiere.[17]) Dieser Einwurf hatte den entsprechenden Erfolg . ." Kann man im Ernst glauben, daß auch bei weitestem deutschen Engegenkommen England über ein solches Veto hinweggegangen wäre? Die Begründung der englischen Absage mit der deutschen Flottenpolitik ist gegenüber der Anfrage in Paris durchaus sekundär. Selbst eine völlige und sofortige Preisgabe der Novelle hätte daran nichts geändert.

---

[14]) Brandenburg, S. 351 ff.

[15]) Vgl. dazu meinen Aufsatz über den russisch-französischen Zweibund im „Archiv für Politik und Geschichte" (Februar 1925).

[16]) I, 365 ff. Iswolski II, 377.

[17]) Daß dieser Einwand sich nicht gegen die formelle Seite, sondern gegen die materielle des deutschen Vorschlags richtete, ist selbstverständlich. Es wird zum Ueberfluß dadurch bekräftigt, daß Poincaré gegen Greys Formel keinen Widerspruch erhob. Brandenburg (S. 356), übersieht, daß der Bericht Iswolskis sich nicht auf die Greysche Formel, sondern auf Metternichs Zusatz bezieht. Indem er außerdem dieses wichtige Quellenzeugnis aus seinem sachlichen Zusammenhang (S. 352) heraushebt, kommt der Charakter der englischen Politik nicht zur Anschauung. Jellicoe (Playing the game, S. 87 ff.) faßt die ganze Haldane-Mission geradezu als „Camouflage".

So war die Bethmannsche Verständigungspolitik — ganz unabhängig von deutschen Fehlern — zum Scheitern verurteilt. Es blieb nur der dünne Faden kolonialer Verhandlungen.[18]) Dieser Fehlschlag der Mission Haldane hat eine ähnlich symptomatische und informatorische Bedeutung, wie die Vorbehalte, die der Zar am Ende der Björköverhandlungen erhob. Und wenn jetzt wie damals die ganze Bedrohlichkeit der Lage in Berlin auch kaum erkannt wurde,[19]) so verstand man in Paris ohne Zweifel die signatura temporum. England hatte gezeigt, daß es bezüglich der Lücke in den Ententeverpflichtungen sich den Beitritt an die Seite Frankreichs und Rußlands offen halten wollte. Während Poincaré daranging, diese Lücke auf dem Wege einer russisch-englischen Marinekonvention mittelbar zu schließen, ist er zugleich in Verhandlungen eingetreten, die unmittelbar dem gleichen Ziele dienten. Im Laufe des August fanden auf französische Initiative hin Besprechungen über ein französisch-englisches Marineabkommen statt — mit einem Ergebnis, dessen Tragweite kaum zu überschätzen ist.

Wir wußten darüber bisher, soviel ich sehe, nur aus einer flüchtigen Angabe des Livre noir,[20]) inzwischen aber haben die Erinnerungen Churchills[21]) uns neue Aufschlüsse gegeben. Die Marinekonvention sah für den Kriegsfall die Regelung des Oberbefehls und die gegenseitige Offenhaltung der Stützpunkte, für den Frieden die Konzentration der englischen Flotte in der Nordsee, der französischen im Mittelmeer vor. Das waren zunächst technisch-maritime Bestimmungen, aber namentlich der

---

[18]) Es mag sein, daß England auf diesem Felde an wirkliches Entgegenkommen dachte. Aber die portugiesische Anwartschaft, um die es sich zunächst handelte, war ein Opfer aus fremdem Besitz und durch die Erinnerungen an den Windsorvertrag schwer belastet. Die Bagdad-Verhandlungen kamen erst langsam in Fluß. Jeder Vergleich mit den Anfangsstadien der englisch-französischen und englisch-russischen Entente ist abwegig.

[19]) Größere Klarheit über Englands Haltung gewann man erst (oder hätte man gewinnen können), als Haldane am 3. Dezember 1912 Lichnowsky erklärte, England werde gemäß dem Axiom der Gleichgewichtspolitik, wenn es zum Kriege kommen sollte, auf Seiten Frankreichs und Rußlands eingreifen. (Brandenburg, S. 378; Tirpitz-Dokumente I, S. 361 ff.; Huldermann unter irrtümlichem Datum S. 273).

[20]) I, S. 326; vgl. Montgelas, Leitfaden, S. 87.

[21]) Churchill, Weltkrisis. Deutsche Ausgabe, Leipzig 1924 (K. F. Köhler). Ein Buch, das bei kritischer Behandlung unsere Kenntnis wesentlich bereichert. Hier wird nur ein wichtiger Fall herausgegriffen. — Die im folgenden angeführten Stellen sind mit der englischen Ausgabe verglichen und nach ihr berichtigt worden, was (leider) sehr nötig ist. Die Uebersetzung enthält zahlreiche Fehler und Entstellungen.

letzte Punkt griff in seiner Bedeutung weit darüber hinaus. Aus Churchills Erinnerungen geht hervor, daß man sich dessen in England bewußt war. Am 23. August richtete Churchill ein Schreiben an Asquith und Grey,[22]) in dem er lebhaft für die bezeichnete Verteilung der Streitkräfte eintrat, sie entspreche den beiderseitigen Interessen, aber man müsse sich auch über die Konsequenzen klar sein. „Bedenken Sie", schrieb er an seine Kollegen, „was für eine furchtbare Waffe Frankreich in der Hand haben würde, um unseren Beistand zu erzwingen, wenn es sagen könnte: «Auf den Rat und auf die Veranlassung Eurer Marinesachverständigen haben wir unsere Nordseeküsten von Streitkräften entblößt; wir können unmöglich rechtzeitig zur Stelle sein.» In der Tat würde das ausschlaggebend sein, was darüber jetzt auch geschrieben werden mag. Jeder, der die Tatsachen kennt, wird sich des Eindrucks nicht erwehren können, daß wir die Verpflichtungen eines Bündnisses haben, ohne seine Vorteile und überdies ohne genaue Definitionen seines Inhalts.[23])" England übernahm durch die Marinekonvention implicite die Verpflichtung, in jeden Krieg zwischen Deutschland und Frankreich, möchte seine Ursache sein, welche sie wollte, aktiv einzutreten; seine Ehre als Nation war für den Schutz der französischen Nordküste engagiert. Sehr richtig bemerkte Churchill, daß England dadurch in politische Abhängigkeit von den Entschließungen seiner Ententegenossen geriet. Er konnte vom Standpunkt seines Ressorts aus nicht anders handeln. Aber auch Grey und Asquith erhoben keinen Widerspruch, sie erkannten also die Abmachung mit ihren Konsequenzen an.[24])

Die Marinekonvention von 1912 war nach diesem Zeugnis, das durch alle sachlichen Erwägungen bekräftigt wird, die eigentliche und entscheidende Bindung Englands an den aktiven Ententekurs. Sie ist in diesem Betracht wichtiger als der so viel berufene Grey—Cambon-Briefwechsel vom 22./23. Novem-

---

[22]) A. a. O., S. 93 ff., englische Ausgabe I, 112 ff.

[23]) Dazu vgl. den Bericht Benckendorffs vom 18./31. Mai (Siebert, S. 796). Repington, der militärische Berichterstatter der „Times", befürchtete, daß die Zurückziehung der englischen Flotte aus dem Mittelmeer die dortige Lage Englands schwäche. Durch den Ersatz der französischen Flotte scheine sie solange nicht genügend gesichert, „als die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sich auf eine Entente und nicht auf ein Bündnis stützen".

[24]) Daran kann der Kommentar, den Churchill dem originalen Aktenstück nachträglich hinzufügt, nichts ändern. (Englische Ausgabe I, S. 113.)

ber 1912.[25]) In ihm wurde bekanntlich unter Bezugnahme auf die Militär- und Marinebesprechungen festgesetzt, daß beide Regierungen, wenn sie einen unprovozierten Angriff oder eine allgemeine Friedensbedrohung erwarteten, miteinander beraten sollten, ob ein gemeinsames Handeln zur Verhinderung des Angriffs oder zur Bewahrung des Friedens angezeigt sei. Auch dieses geheime politische Abkommen war — nach Lloyd Georges Ausdruck — eine Ehrenverpflichtung jedes Kabinetts, das tatsächlich Frankreich die Handhabe bot, in gespannten Lagen auf ein solidarisches Vorgehen hinzudrängen. Aber der Briefwechsel wahrte doch formell die englische Handlungsfreiheit und hatte fakultativen Charakter. Von einer solchen „facultas" ist in der Marinekonvention nicht die Rede. Sie gab sich ganz unpolitisch, in Wahrheit erhält aber durch sie die englisch-französische Entente ihre eigentliche Pointe, ihre bindende, alle Kriegsfälle miteinschließende Tragweite.[26])

Das wird durchaus bestätigt durch das Bild der englischen Politik in den Wochen des Kriegsausbruchs. Der Grey—Cambon-Briefwechsel wurde von Frankreich telegraphisch in der Nacht vom 29./30. Juli 1914 gewissermaßen eingeklagt, in der „nuit historique", wie ein französischer Historiker diesen wichtigen Zeitpunkt nennt.[27]) Als Iswolski die Nachricht von der russischen Teilmobilmachung überbracht und darauf Frankreich seine Bündnispflicht zugesichert hatte, erging Mitteilung davon nach London, um die gemeinsame Haltung Frankreichs und Englands „auf Grund des zwischen ihnen bestehenden allge-

---

[25]) Nach Poincaré (Les origines de la guerre, S. 78 ff.), besteht zwischen diesem Akt und der Marinekonvention ein direkter Kausalzusammenhang. Frankreich habe seine Küsten nicht preisgeben können ohne Zusicherungen für den Moment der Gefahr. Dementsprechend sei Cambon instruiert worden. Diese Instruktion liegt, soweit ich sehe, nicht vor. Am 16. Oktober meldet Cambon, Nicolson sei der Ansicht, daß die Bande enger gezogen werden müßten (Les Affaires Balcaniques I, S. 115).

[26]) Auch die englisch-französische Militärkonvention erfuhr gegen Ende 1912 eine Erweiterung. Am 5. Dezember meldete Iswolski, sie sei augenblicklich ebenso in allen Einzelheiten durchgearbeitet und erschöpfend, wie die französisch-russische. (Ob sie auch die Mobilisationsklausel der letzteren enthielt?) Der einzige Unterschied sei, daß sie nur von den Chefs der Generalstäbe gezeichnet sei. An den letzten Verhandlungen in Paris hätten aber auch Regierungsvertreter teilgenommen. (Livre Noir I, S. 367; Iswolski II, S. 377.) Für das allgemeine Problem der Militärkonventionen im Rahmen der Entente vgl. meinen oben genannten Aufsatz über den russisch-französischen Zweibund.

[27]) Mohrhardt, Les Preuves, S. 275 ff.

meinen Einvernehmens zu beraten".[28]) Aber noch behielt England Freiheit,[29]) nur die Flottenmaßnahmen Churchills hatten sie schon beeinträchtigt. Und von der Flottenpolitik her kam dann die Entscheidung. Am Abend des 1. August, als die Nachricht der deutschen Kriegserklärung an Rußland eintraf, eröffnete Churchill dem Premierminister, er werde umgehend die Mobilisierung der Flotte anordnen, ohne einen Kabinettsbeschluß abzuwarten. Asquith schwieg, „ich las aber aus seinen Blicken sein Einverständnis". Noch wichtiger war, was Grey Churchill mitzuteilen hatte. Ich kann Ihnen mitteilen," sagte er zu Churchill, „daß ich eben einen wichtigen Schritt getan habe. Ich habe Cambon gesagt, daß wir nicht erlauben würden, daß die deutsche Flotte in den Kanal eindringt."[30]). Mit Recht sah der französische Botschafter danach das Spiel als gewonnen an. Ein großes Land könne, wie er in seinen Erinnerungen schreibt, den Krieg „nicht zur Hälfte" führen; sobald es zur See kämpfe, müsse es auch zu Lande fechten.[31]) Der Kabinettsrat vom 2. August bestätigte das maritime Hilfsversprechen. In einer Unterredung mit Lichnowsky (etwa in der Mittagsstunde des 2. August[32]) wies Asquith nicht nur auf die belgische Neutralität, sondern auch auf „die gänzlich unbeschützte Nordküste Frankreichs" hin, die die Franzosen „in gutem Glauben auf die britische Unterstützung zugunsten ihrer Mittelmeerflotte entblößt hätten". Zwar meinte der englische Premierminister, es sei nicht sicher, ob wegen des letzteren Punktes Großbritannien in den Krieg eingreifen werde, aber die neutrale Haltung sei dadurch sehr erschwert. Richtig ist daran gewiß, daß ohne das deutsche Ultimatum an Belgien (Abend des 2. August) die leitenden Männer des englischen Kabinetts in einer taktisch ungünstigen Lage sich befunden hätten und die eingegangenen geheimen Bindungen nur mühsam vor dem Parlament rechtfertigen konnten. Aber die Bindung selbst bestand, Grey hatte

---

[28]) Romberg, Fälschungen des russischen Orangebuches, S. 37. Französisches Gelbbuch Nr. 101. Ueber die dabei vorgenommene Fälschung vgl. Bach, „Kriegsschuldfrage", Mai 1924, S. 137.

[29]) Immerhin hielt Grey „den Augenblick für gekommen, alle Möglichkeiten ins Auge zu fassen und sie gemeinsam zu erörtern". (Gelbbuch Nr. 108, im englischen Blaubuch weggelassen.)

[30]) Churchill, a. a. O. S. 265 ff.; dazu Montgelas, „Kriegsschuldfrage", Dezember 1924, S. 556 ff.

[31]) Montgelas, Leitfaden, S. 163. Vgl. dazu auch Fabre-Luce, La Victoire, S. 228 ff.

[32]) Deutsche Dokumente, Nr. 676. Das Telegramm ist in London, nachmittags 1 Uhr 23, aufgegeben.

sie bereits am 1. August durch seine persönliche Zusage anerkannt, die Frankreich alle Sorgen abnahm. Noch ehe der Krieg an Frankreich deutscherseits erklärt und ehe die belgische Frage akut wurde, war die implicite — Verpflichtung der Marinekonvention zum Tragen gekommen. Die Linie der aktiven Ententepolitik, auf die England 1912 eingegangen war, hatte gesiegt.

Die Belastung der serbischen Regierung mit dem Verbrechen von Serajewo.

Im Februarheft dieser Zeitschrift haben wir unter der Ueberschrift: „Die Mitwisserschaft der serbischen Regierung an der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand zugegeben" eine vollständige Uebersetzung des Aufsatzes von Ljuba Jovanowitsch „Nach dem Veitstage des Jahres 1914" aus der Gedenkschrift „Blut des Slawentums" gebracht. Der Aufsatz enthielt das Geständnis Jovanowitschs, daß das Kabinett Pasitsch Ende Mai oder Anfang Juni von dem geplanten Attentat gegen den Erzherzog Franz Ferdinand erfahren hatte, aber trotzdem den Mord geschehen ließ, nachdem ein behördlicher Versuch, die Ausführung des Attentats zu verhindern, fehlgeschlagen war.

Die Veröffentlichung Jovanowitschs war bereits auch von englischer und amerikanischer Seite aufgegriffen worden. Die in Balkanfragen besonders bewanderte Engländerin Miß Edith Durham veröffentlichte im „Manchester Guardian" vom 20. Dezember sowie in „Foreign Affairs" vom Dezember 1924 und in der „Contemporary Review" vom Januar 1925 eingehende Aufsätze hierüber und brachte ihre Auffassung von der Mitschuld der serbischen Regierung klar zum Ausdruck. Der englische Historiker Seton-Watson fühlte sich veranlaßt, in einem Artikel

der „Times" vom 16. Februar 1925 Herrn Jovanowitsch aufzufordern, sich über seine Veröffentlichungen näher zu erklären. Der amerikanische Professor Harry Elmer Barnes hat sich die Auffassung angeeignet, daß Jovanowitsch frohlockend bekannt habe, daß die serbische Regierung von dem Komplott wußte.

Jovanowitsch hat sich anläßlich dieser „Kampagne" veranlaßt gesehen, in der Revue „Novi Zivot" („Neues Leben") und gleichzeitig in der Belgrader „Politika" über seine Veröffentlichung vom letzten Sommer in einem Aufsatz „Das Attentat von Serajewo und die Beldgrader Außenpolitik" eine nähere Erklärung zu geben.

Darüber könnte man zunächst hinweggehen, aber es muß dem entgegengetreten werden, daß Jovanowitsch, wie wir durch das „Berliner Tageblatt" vom 24. März 1925 erfahren, verbreiten läßt, er werde „beweisen, daß die serbische Regierung alles getan hat, was sie als Regierung tun konnte, um das Attentat zu verhindern". Um diese Behauptung nachprüfen zu können, geben wir in Folgendem eine vollständige Uebersetzung des Aufsatzes von Jovanowitsch, wie er ihn in der „Politika" vom 22. März 1925 veröffentlicht hat.

Unsere Auffassung ist, daß Jovanowitsch in dieser Erklärung nichts vorgebracht hat, was seine ursprüngliche Mitteilung widerlegt oder die serbische Regierung entlasten könnte.

Da der Aufsatz in der „Politika" mit I. bezeichnet ist, steht zu erwarten, daß noch weitere Aufsätze folgen werden. Ob es Herrn Jovanowitsch dann gelingen wird, den von ihm angekündigten Beweis zu erbringen, „daß die serbische Regierung alles getan hat, was sie als Regierung tun konnte, um das Attentat zu verhindern", bleibt abzuwarten.

Um unseren Lesern zu ermöglichen, die Entgegnung Jovanowitschs gegen Seton-Watson und Miß Durham selbst werten zu können, lassen wir auch diese Aufsätze im englischen Original hier folgen.

ALFRED VON WEGERER.

Das Attentat von Serajewo und die Belgrader Außenpolitik.

(Anläßlich einer Kampagne.)

Lj. JOVANOWITSCH

(„POLITIKA", 22. März 1925.)

Die Revue „Novi Zivot" (Neues Leben) bringt in ihrer heutigen Nummer die Antwort Lj. Jovanowitschs auf die bekannte Kampagne, die im Ausland gegen unsern Staat geführt wird, und deren Ziel ist, die Verantwortung für den Weltkrieg auf Serbien zu wälzen. Wegen seiner großen Wichtigkeit erscheint diese Antwort gleichzeitig auch in der „Politika".

I.

Im Frühjahr 1924 ersuchte mich Herr Al. Ksjunsin, russischer Journalist und Emigrant, ihm einen Aufsatz für die Gedenkschrift zu verfassen, die er zum zehnjährigen Jahrestag des Kriegsausbruchs herauszugeben beabsichtigte. Ich gab Herrn Ks. das Versprechen, aber dringendere Geschäfte verhinderten mich, den Artikel zu schreiben; und als schließlich die Zeit zur Ablieferung des Artikels da war, kam ich, um einen Dulder wie Herrn Ks. nicht zu enttäuschen und zu schädigen, auf den Ausweg, aus einem meiner früheren Manuskripte ein paar Blätter herauszureißen und den versprochenen „Artikel" zusammenzustellen. Ich sage „Artikel", obwohl es gar kein Artikel war, sondern Bruchstücke aus einigen meiner Erinnerungen und Notizen.

Jenes Manuskript hatte ich — wie das bei dem größten Teil solcher Schriften zu sein pflegt — für mich selbst und für jene bestimmt, die es einmal interessieren könnte, etwas über mich und die von mir durchlebten Ereignisse zu erfahren. Ich dachte nicht viel an andere, selbst spätere Leser, am wenigsten aber an Leser von heute. Daher auch die einfache Schreibweise. Seton-Watson sagt sogar, ich sei bei der Abfassung nachlässig gewesen. Ich war bemüht — wie es unter solchen Umständen auch natürlich ist —, nur die Wahrheit zu sagen, versteht sich, soweit ich sie kenne oder erfahren kann.

Daß ich aus einem solchen Manuskript jetzt doch einiges veröffentlicht habe, daran ist, wenn man will, meine Schwäche schuld, weil ich auf jeden Fall mein Wort einem Manne halten wollte, der in meinen Augen ein mehrfaches Anrecht auf Sympathie hatte: er ist ein Emigrant, wie ich selbst es lange Zeit war, er war unser Verbündeter im Kriege, hat mein Vater-

land befreien und einigen helfen, er ist ein Russe und Dulder, der mit schwerer Mühe sein Brot verdient.

Seine Sammelschrift „Blut des Slawentums" kam vorigen Sommer heraus und enthielt meine Fragmente, betitelt „Nach dem Vidovdan von 1914". Diese Ausgabe wurde in England begierig von einer Dame[1]) aufgegriffen, die sich durch ihre fortgesetzten parteiischen Schreibereien gegen die Serben einen Namen gemacht hat. Sie machte darüber zuerst im „Manchester Guardian" vom 20. Dezember einen höchst sensationellen Artikel zurecht. Darin verkündete sie, daß ich Mitglied des Kabinetts Nikola Pasitsch zur Zeit des Attentats von Serajewo, in jenen Bruchstücken (sie werden dort „Das Buch eines früheren Ministers", [„An ex-Minister Book"!] genannt) geradezu eingestanden hätte, daß die serbische Regierung vollkommen über die Vorbereitungen zum Serajewoer Attentat informiert gewesen sei und nichts getan hätte, es zu verhindern, und daß sie daher ein verantwortlicher Teilhaber dieses Verbrechens sei. Das steht in jenen Fragmenten natürlich nicht drin,[2]) aber es ist der Dame (oder dem, der hinter ihr steht) dennoch gelungen, einen solchen Text herauszukonstruieren, den sie nachher als den meinigen zitiert, indem sie ausläßt, umstellt, Worte und Sätze kombiniert und in der Uebersetzung den einzelnen Stellen einen Sinn giebt, den sie nicht haben. Nach einem solch groben und unerlaubten Falsifikat ist die Dame natürlich nicht verstummt, zugleich aber erhob sich alles, was in irgendwelcher Weise unter dem Einfluß jener deutschen Kreise steht, die heute aus allen Kräften bestrebt sind, sich jener Zahlungsverpflichtung zu entledigen, die sie in feierlichen

---

[1]) *Gemeint ist Edith Durham, die Verfasserin von „Twenty Years of Balkan Tangle", Allen & Unwin, London 1920, in deutscher Sprache herausgegeben von Hermann Lutz unter dem Titel „Die slawische Gefahr. Zwanzig Jahre Balkan-Erinnerungen", Verlag Robert Lutz, Stuttgart 1922. (Anmerkung der Schriftleitung.)*

[2]) *Wir geben die fraglichen Stellen der „Fragmente" hier noch einmal im Wortlaut wieder. (Vergleiche Februarheft „Die Kriegsschuldfrage"):*

„Ich erinnere mich nicht, ob es Ende Mai oder Anfang Juni war, als uns eines Tages Herr Pasitsch sagte — diese Dinge bearbeitete er meist nur mit Stojan Protitsch, der damals das Ministerium der Inneren Angelegenheiten hatte, aber soviel sagte er auch uns anderen —, daß einige Vorbereitungen trafen, um nach Serajewo zu gehen und Franz Ferdinand, der dort eintreffen und am Veitstage feierlich empfangen werden sollte, umzubringen. Wie man mir später sagte, wurde das aus dem Kreise heimlich organisierter Leute und von patriotischen bosnisch-herzegowinischen Studentenkreisen in Belgrad vorbereitet. Und Herr Pasitsch und wir übrigen meinten, man solle, und Stojan übernahm es auch, eine Verfügung an die Grenzbehörden an der Drina erlassen, daß man den Uebergang der jungen Leute verhindere, die

Verträgen auf sich genommen haben, und die daher zu beweisen suchen, Deutschland sei nicht schuld am Kriege. So wurde die im „Manchester Guardian" begonnene Aktion aufgegriffen und jetzt wird die damalige serbische Regierung wegen all der Uebel angeklagt, die in diesen zehn Jahren über die Welt hereingebrochen sind. Eine merkwürdige Dame, jene Engländerin! Nicht nur, daß sie mich in gemeiner Weise beschimpft, sie schreibt über mich z. B. auch mit einer gewissen Familiarität, die meine bisherigen Begriffe über die feine Erziehung der englischen Frauen ernstlich ins Wanken bringt.

Als ich von dem ersten Artikel jener ehrenwerten Aktion erfuhr, arbeitete ich gerade an einer größeren Schrift und wollte diese Arbeit nicht unterbrechen, um gleich eine Erwiderung auf einen Aufsatz zu schreiben, der meine Aufmerksamkeit so wenig verdient, nachher war ich eine Zeitlang krank, und so erlebte ich es, daß Herr Seton-Watson in der „Times" mich, wenn auch unmittelbar, auffordert, mich über das, was ich letzten Sommer veröffentlicht habe, näher zu erklären.

Herr Seton-Watson wird als Freund unseres Volkes angesehen. Er hat tatsächlich bei verschiedenen Gelegenheiten unsere nationale Sache ehrlich unterstützt, aber er bezeigt uns diese seine Freundschaft häufig auf eine besondere Art. Jedenfalls ist er mit jener Dame nicht auf eine Stufe zu stellen (auch die Ziele der beiden sind nicht die gleichen), und so lasse ich jede andere Arbeit stehen, um seinem in der „Times" geäußerten Wunsche zu entsprechen.

---

zu dem Zweck Belgrad verließen. Aber diese Grenz„behörden" waren selbst in der Organisation und führten die Verfügung Stojans nicht aus, sondern meldeten ihm – und er später uns –, seine Weisung habe sie zu spät erreicht, denn diese jungen Leute wären bereits über den Fluß gesetzt.

So schlug der behördliche Versuch, die Ausführung des vorbereiteten Attentats zu verhindern, fehl, wie auch der Versuch fehlschlug, den unser Gesandter in Wien, Herr Jotsa Jowanowitsch, beim Minister Bilinski auf eigene Initiative unternahm, den Erzherzog von der geplanten verhängnisvollen Reise abzubringen. So wurde das Attentat in Serajewo ausgeführt, und zwar in schrecklicherem Umfange, als vorauszusehen war, und mit Folgen, die sich damals niemand hätte träumen lassen" . . .

„Am Veitstage war ich am Nachmittag allein in meiner Wohnung auf dem Senjak. Etwa um 5 Uhr meldete sich bei mir telephonisch ein Beamter aus dem Preßbüro und sagte mir, was mittags in Serajewo geschehen war. Und obwohl ich wußte, was sich dort vorbereitete, war mir doch, während ich den Hörer hielt, als ob mir jemand plötzlich einen Schlag versetzt hätte; und als nachher die erste Nachricht auch von anderen Seiten bestätigt wurde, begannen mich schwere Sorgen zu quälen." (Anmerkung der Schriftleitung.)

Auch Herr Watson sagt, daß wir — die serbische Regierung und Serbien — schuld sind, weil wir, eben zufolge meiner „Fragmente", nicht unsere Pflicht erfüllt, d. h. nicht im Wege unseres Gesandten in Wien dem dortigen Außenminister amtlich alles mitgeteilt haben, was ihm damals, seiner Ansicht nach, hätte mitgeteilt werden müssen. Es tut mir leid, aber ich muß sagen, daß auch Herr Watson dem Einfluß jener Kampagne unterlegen ist, und daß seine Anführungen aus den „Fragmenten" nicht immer genau sind, so wenig wie einige ander seiner Daten und Raisonnements. Von der unbegründeten Voraussetzung ausgehend, daß die serbische Regierung damals von allem gewußt habe, was gegen das Leben des habsburgischen Erzherzogs geplant war, verlangt er, daß ich und Pasitsch dezidiert erklären, ob wir jene Mitteilung gemacht haben oder nicht, und wenn nicht (und er sagt schon im voraus, er wisse bestimmt, daß wir es nicht getan haben, und fragt doch!), dann — sind wir schuldig: wir, Serbien und sogar — Jugoslawien.

Herr Watson möge entschuldigen, aber ein Teilchen aus einem Memoirenaufsatz von mehreren Druckseiten herausreißen und ihm einen Sinn geben, der dem Sinn und Geist, der den Inhalt dieses ganzen Aufsatzes erfüllt und durchdringt, gänzlich entgegengesetzt ist, und desgleichen ein einzelnes Vorgehen einer Regierung, selbst in richtiger Darstellung, aus der Gesamtheit ihres Handelns herausnehmen, und diesem herausgehobenen Vorgang einen Charakter unterschieben, der dem Sinn und der Richtung der ganzen damaligen Politik derselben Regierung zuwiderläuft — das ist meiner Ansicht nach unerlaubt und dient weder der Wahrheit noch der Gerechtigkeit.

Selbst wenn wir als richtig annehmen, daß die Regierungen verpflichtet sind, einander gegenseitig derartige Mitteilungen zu machen, angenommen selbst, daß wir damals eine derartige Mitteilung unterlassen, daß wir damals nicht alles getan haben, was wir tun konnten — ich komme noch darauf zurück — auch dann ist es unzulässig, daraus etwas über uns abzuleiten, was nicht allem dem entspricht, wie wir dauernd, sowohl als einzelne wie als Gesamtheit in unserer Politik Oesterreich gegenüber vorgegangen sind.

Was meine Haltung und die des Herrn Pasitsch und seiner Regierung wie der ganzen radikalen Partei, also des damaligen amtlichen Serbien, anbetrifft, so war sie in jeder Hinsicht rein und kristallklar. Nur ungern spreche ich von mir selbst. Das

ist einer der Gründe, warum ich auch bei anderen Gelegenheiten regelmäßig geschwiegen habe, selbst wenn ich herausgefordert wurde. Wenn ich jetzt von dieser Gewohnheit abweiche, so tue ich es wegen des Auslandes und nur um Serbien und unser vereinigtes Königreich (auf das die Angriffe bereits übertragen werden) zu verteidigen.

Im September 1883 kam ich nach Serbien aus Montenegro, wo ich mich mit anderen Landsleuten aus der Boka, aus Herzegowina und Bosnien nach dem mißglückten Aufstand der dortigen Bergbewohner gegen Oesterreich-Ungarn im Jahre 1882 aufgehalten hatte.[3]) Ich kam nach Belgrad also als Flüchling, als Emigrant. Es ist wahr, ich habe sofort meine Studien fortgesetzt, aber in der ersten Zeit war mein Denken oder Träumen doch vornehmlich auf die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes gegen Oesterreich-Ungarn wegen Befreiung der Boka und unseres übrigen Gebietes gerichtet.

Persönlich ist die politische Stellung eines Emigranten immer und überall sehr schwierig. Die anderen Emigranten und alle die, die ungeduldig auf eine baldige Befreiungsaktion harren, wünschen und erwarten, daß er konsequent bleiben und bei jeder Gelegenheit unter den ersten sein werde, die sich auf den verhaßten Feind stürzen; die Einheimischen, bei denen der Flüchtling Zuflucht gefunden, sehen mit Mißtrauen auf den unruhigen Ankömmling, der ihnen „das Haus anzünden" will. Diese Schwierigkeiten habe ich öfters in Belgrad empfunden, von der einen wie von der anderen Seite, sogar noch während des Krieges, als jenes wirklich schöne, freie serbische „Haus" schon angezündet und in Aschenglut verwandelt war.

In Belgrad und dem übrigen Serbien gab es seit seinem Bestehen, ja auch in jenen 30 Jahren seit meiner Ankunft bis 1914, viele Emigranten aus dem österreichischen Gebiet, neben verschiedenen anderen Zugereisten aus der habsburgischen Monarchie. Als ich ankam, lernte ich in Belgrad eine solche Gruppe Leute kennen, die sich um den herzegowinischen Woj-

---

[3]) In einer umständlichen Fußnote befaßt sich Jovanowitsch hier mit den Gründen dieses Aufstandes, die darin lagen, daß Oesterreich, entgegen seinen feierlichen noch auf das Jahr 1815 zurückgehenden Verpflichtungen, den Bewohnern ihr altgewohntes Milizsystem nehmen und sie für das stehende Heer rekrutieren wollte. Gleichzeitig wurden auch in Bosnien und der Herzegowina Rekrutierungen vorgenommen, „die ebenso die Rechte und Gefühle der Bevölkerung wie das europäische Recht verletzten", da sie dem Okkupationscharakter der damaligen österr.-ungar. Behörden sowie der im Berliner Vertrag und späteren Konventionen garantierten Souveränität des Sultans zuwiderliefen. (Anmerkung des Uebersetzers.)

woden Mica Ljubibratitsch scharte. Neben Serben von der Küste und aus der Herzegowina gab es da auch Montenegriner und italienische Garibaldianer.

Aber bald riß mich das gesunde Leben Belgrads mit sich (wie später auch Mica Ljubibratitsch, der der verdienstvolle Bezirksvorstand in Pirot wurde). Meiner Neigung gemäß widmete ich mich der Fortsetzung und Vollendung meiner Studien und hierauf meinem Lehr- und wissenschaftlichen Beruf sowie der literarischen Arbeit. Parallel damit befreite ich mich allmählich von den romantischen Ansichten, die mich als 18jährigen Gymnasiasten unter die Rebellen gegen den Kaiser geführt hatten und beschritt den Weg, den die breiten Volksmassen in Serbien unter der Leitung ihrer radikalen Führer gingen.[4])

Dieser Weg hat mich, meine ganze Nation und mein Vaterland schließlich dahin geführt, worüber ich 1882 nachsann, denn dies war auch der richtige Weg, dahin zu gelangen. Und doch hat man auf diesem Wege niemals an nationale Revolten und Aufstände und noch weniger an terroristische Bomben und Revolver gedacht.

Wenn mich auch im Laufe der Jahre das schwere Emigrantenheimweh befiel, ließ ich mich doch nie dazu verleiten, von diesem breiten und richtigen Wege abzuweichen und mich irgendeiner jener Aktionen anzuschließen, die von Zeit zu Zeit in Belgrad aufzulodern pflegten, um das Reich Franz Josefs zu unterzünden. Während dieser dreißig Jahre hatten die österreichisch-ungarischen Behörden keine einzige Gelegenheit, irgendeinen der Hunderte und Tausende von Serben, die sie alle Augenblicke aufzustören liebten, meinetwegen zu schikanieren. Vergeblich haben sie mich die ganzen 30 Jahre lang beobachtet: sie haben mich begleiten lassen, mich ausgespäht, mich durch ihre Spitzel provoziert. Mein Briefwechsel mit meinem Vater, meinen Schwestern und anderen Ver-

[4]) Konsequenterweise habe ich auch niemals im geringsten die Tätigkeit jener montenegrinischen Emigranten in Belgrad unterstützt, die glaubten, die Vereinigung Montenegros und Serbiens durch politische Gewalttaten und Morde verwirklichen zu können. Meine Ansicht und mein Rat gingen dahin: für eine gemeinsame Grenze zwischen Montenegro und Serbien zu arbeiten, dann werde die Einigung später von selbst kommen. Ebenso war ich kein Freund illegaler Aktionen in Serbien während der Herrschaft der beiden letzten Obrenowitsche und habe bei keiner Aktion dieser Art gegen sie mitgewirkt, während ich bestrebt war, unerschütterlich an der Seite meiner radikalen Gefährten zu bleiben, auch in den schwersten Tagen, ich habe sie auch nie verlassen. (Anm. des Uebersetzers.)

wandten, mit Gefährten und Freunden wurde in den österreichischen und ungarischen schwarzen Kabinetten gelesen, so daß mir das Briefschreiben schließlich verekelt wurde. Und letzten Endes gab es von mir keinen einzigen gefährlichen Brief, keine einzige Blutbotschaft, und so konnte auch keine aufgefangen werden. Ende 1915, bei unserem Rückzug, fielen fast alle meine Papiere in Feindeshand: die wissenschaftlichen und literarischen Manuskripte, die Universitätsvorlesungen, meine gesamte Korrespondenz, und auch da fand sich in dem allen nicht ein Satz, durch den bei jenen vielen Sessionen der Militärgerichte irgendeiner meiner Bekannten und Gefährten kompromittiert worden wäre. Und ich sage auch jetzt: Mögen unsere Feinde aus dem Kriege in ihren Archiven und in den Haufen der von ihnen erbeuteten und nie zurückgegebenen Papieren suchen, ob sie etwas finden und mögen sie ans Licht bringen, was mich oder meine Belgrader Gefährten als Anstifter, und sei es auch nur als entfernter Anstifter jener Weltkatastrophen hinstellt, über die jetzt so viele und so vielfältige Tränen vergossen werden!

Dennoch bin ich ohne Wanken und ununterbrochen den Idealen meiner Jugend treu geblieben, habe, soweit ich vermochte, um meine mit Füßen getretene Heimat und unsere übrigen Stammesgenossen, die in jenem habsburgischen „Rahmen" litten, gesorgt und habe auch unter den verzweifeltsten Umständen an dem Glauben festgehalten, daß einmal die Stunde der Befreiung und Einigung schlagen werde. Aber, wie ich bereits betonte, ich habe die Verwirklichung niemals wie einige andere von einer Revolution oder wie noch andere von terroristischen Attentaten erwartet. Ich erwartete sie von Serbien und der Beteiligung seiner politisch und militärisch wohlorganisierten nationalen und staatlichen Kraft bei solch großen und schweren europäischen oder Weltereignissen von der Art ungefähr, wie sie in der Tat die Hoffnungen unseres Volkes und die meinigen zur Verwirklichung gebracht haben.

Diese materielle und moralische, finanzielle, militärische, politische und diplomatische Bereitschaft hat die radikale Partei Serbien gegeben, natürlich neben anderen Faktoren, deren verdienstvolles Mitwirken ich durchaus nicht verkleinern oder bestreiten möchte. Diese Partei hat ihr Programm in der ersten Nummer ihres Organs „Samouprva" vom 8. Januar 1881 veröffentlicht und mit diesen Worten eingeleitet: „Als Ziel unserer staatlichen Einrichtung betrachten wir: im Innern die nationale

Wohlfahrt und Freiheit, und nach außen die staatliche Unabhängigkeit und die Einigung auch der übrigen Teile des Serbentums". Um dieses Ziel zu erreichen, ging die Partei sowohl in ihrem Programm als auch in ihren Handlungen eben auf jenem richtigen breiten Wege vor, von dem ich gesprochen habe. In diesem Sinne lautet ein besonderer Abschnitt des Programms über das Heer: „Zwecks Erhaltung unserer staatlichen Unabhängigkeit und Erfüllung unserer äußeren Aufgabe ist die größte Aufmerksamkeit der Organisation, der Ausbildung und Bewaffnung unseres nationalen Heeres zu widmen." Jedenfalls wird, solange nicht für das Heer die Zeit käme, an diese Aufgabe heranzutreten (in dem Abschnitt „Außenpolitik"), „die kulturelle Unterstützung der zerstückelten und unbefreiten Teile des Serbentums, wie auch die Weckung des lebendigen Bewußtseins unserer nationalen Einheit in den entfernten und den fremden Elementen ausgesetzten serbischen Gebieten" vorgesehen.

Serajevo Murder.

New Information from Serbia.

An Ex-Minister's Book.

(„Manchester Guardian", 20. Dezember 1924.)

By M. E. Durham.

Much documentary evidence about pre-war acts has come to light. But so far the deed which actually started the war—the murder at Serajevo of the Archduke Franz Ferdinand and his wife—has remained in obscurity. We have light now on that, too. Ljuba Jovanovitch, then Minister of Education and recently President of the Serbian Parliament, has published extracts from his reminiscences of the fatal months of June and July, 1914, which make all doubt on the subject impossible. The tale is best told in his own words. He prefaces his remarks with "The time has not yet come for telling all," and then begins:—

I do not recollect if it were at the end of May or the beginning of June when one day M. Pashitch told us that

certain persons were making ready to go to Serajevo to kill Franz Ferdinand, who was to be fêted there on Vidovdan. He worked further in this matter only with Stojan Protitch, then Minister of the Interior, but he told this much to us others.

Thus the whole Serb Cabinet was informed of the plot some three weeks before it was carried out.

As they told me afterwards, this plot was prepared by a secretly organised cirle of men and by the patriotic students of the Bosnian and Herzegovinian circles in Belgrade.

M. Pashitch and we others said, and Stojan agreed, that he should order the frontier guards on the Drin to stop the crossing over of the youths who had left Belgrade for the purpose.

But these frontier guards, too, belonged to the organisation, and they did not execute Stojan's order, and, as he told afterwards, said that the order had reached them too late, and the youths were already over the border. Thus failed the Government attempt to prevent the prepared attack.

The Government, had it wished to stop the crime, had only to telegraph at once to the Vienna and Serajevo police the names and descriptions of the criminals. But the Government did nothing.

The News.

The Cabinet then sat down to await results. Ljuba tells how he heard the news by telephone, "and although I knew what was being prepared, it was as though someone had dealt me an unexpected blow." He details his terror; he was certain that Austria would make war, and that Europe would be so shocked by the crime that Serbia's position would be worse "than after May, 1903," when the Serbs murdered their own King. He was reassured by Major N——, who said, "in a beautiful, soft, inspired tone," "Let Austria make war if she likes. . . . It may end badly for us, but, who knows? It may end otherwise!" We gather from this that military circles were ready.

M. Pashitch informed the Vienna Government of our lament at the loss suffered by the neighbour State. And certain Ministers represented the Government in the

Catholic church of the Austrian Legation when Mass was celebrated on the day of the funeral of the Archduke and his wife. I was one of them, because I, more than the others, might be thought to approve Princips' deed, and, on the contrary, I was in complete agreement with what the Cabinet was doing.

Nevertheless, this step and the short stay in the church were disagreeable to me. I felt I was surrounded with enemies who would not make peace.

Austrian Action.

Austria meanwhile had examined the captured murderers, and learnt that an employee in the Serb Ministry of Works, Milan Ciganovitch, had helped the boys across the frontier. As this man was an Austrian subject, the Austrians would have had the right to try him themselves, and would probably have learnt the whole plot from him. Pashitch, therefore, had him found, and he "disappeared somewhere out of Belgrade." Austria accused the Serb Government of bad faith, and resolved to make the search for the criminals herself. "Stojan," says Ljuba, "for his part made a search, and found in the Poste Restante a postcard written by one of the murderers from Serajevo before Vidovdan to a friend in Belgrade." Here follow many dashes. The contents of that postcard cannot yet, it would appear be published.

"On the whole," says Ljuba, "we could expect that Vienna would not succeed in proving any connection between official Serbia and the event on the Miljacko." The Cabinet sat down to consider how most cheaply they could pay Austria the "unfortunate satisfactions" they expected she would ask, and "postpone war till they were quite ready." The Cabinet then went off holiday-making and electioneering, leaving Patchu, the Finance Minister, in charge. When Baron Giesl, the Austrian Minister, sent to inquire if he could be received at four o'clock on July 23, Patchu turned nervous and put him off till six, meanwhile making a frantic endeavour to call Pashitch back by telephone. Pashitch was on his way to Salonika, and replied from Nish that he would not come back. The Note was delivered, and the war came.

The authenticity of Ljuba Jovanovitch's book cannot be doubted. It is published in Serbian in Belgrade.

The Serajevo Murder.

To the Editor of the Times.

The Times, London 16. February 1925.

Sir, — The recent decision of the British Government to publish its documentary evidence with regard to the origins of the war may fairly be regarded as symptomatic of the interest taken by public opinion in Western Europe in the question of war guilt and responsibility: and during a recent visit to America I had many opportunities of realizing that opinion on the other side of the Atlantic is no less keenly interested in the question.

Almost contemporaneously with the announcement, sensational new evidence was published in Belgrade, which, if accepted at its face value, would seriously modify the prevailing view of Serbia's relation to the murder of the Archduke. In a volume of essays entitled "Blood of Slavdom" (Krv Slovenstva), published on the tenth anniversary of the war, Mr. Lyuba Yovanovitch, who was Minister of Education in July, 1914, writes as follows:—

> I do not remember whether it was at the end of May or the beginning of June that one day Mr. Pashitch said to us that some people (*neki* is the vague original) were preparing to go to Serajevo and murder Francis Ferdinand, who was to be solemnly received there on St. Vitus's Day.

He adds that the criminals belonged to a secretly organized group of Bosnian students in Belgrade, and that the then Minister of the Interior, Mr. Protitch with the approval of the Premier, Mr. Pashitch, and his colleagues, issued orders to the frontier authorities on the Drina river to prevent the young men from crossing into Bosnia, but that the "authorities" (the inverted commas are his), being themselves in the plot, did not stop them, and then told Belgrade it was too late. Later an he describes his alarm and horror on first receiving telephonic news of the murder:—

> Though I knew what was being prepared there, yet, as I held the receiver, it was as though someone had unexpectedly dealt me a heavy blow.

The reader is at once prompted to ask whether the Serbian Cabinet conveyed any warning to Vienna, and, in fact, an ar-

ticle appeared last summer in a Vienna newspaper, asserting that Mr. Pashitch had on June 18, 1914, instructed his Minister in Vienna to warn Count Berchtold of the danger. If this could be once established, it would, of course, absolve the Serbian Government from all blame for what happened afterwards on foreign soil. But unfortunately I have been able to assure myself on first-hand evidence that no such instructions were sent from Belgrade. The Minister in Vienna did, it is true, quite early in June, attempt to induce the authorities in Vienna to cancel the Archduke's visit: but he went informally to the Joint Finance Minister, Dr. Bilinski, and not officially to the Foreign Office, and his warning, being based not upon any knowledge of a plot, but merely upon alarm at the widespread ferment among the Yugoslavs of the Dual Monarchy, was couched in very general terms and produced no effect.

Mr. Yovanovitch's whole article is written in a carelessly reminiscent vein which suggests that its author is quite unaware of what is involved in such admissions. Yet Mr. Yovanovitch has for the past two years been President of the Yugoslav Parliament, and occupies so prominent a position in the Radical Party that last summer he was invited by the King to form a Cabinet, and has during the last few weeks been publicly mentioned as a probable successor to Mr. Pashitch. Public opinion is surely entitled to hope that both Mr. Yovanovitch himself and his chief, Mr. Pashitch—now, as then, Serbian Premier—will issue a statement sufficiently clear to exculpate them and their colleagues from the charge now being levelled against them by their enemies in England and Germany, of foreknowledge of, and deliberate connivance at, the crime of Serajevo.

Having throughout the war been especially active in advocating the view of official Serbia's complete innocence, I feel all the more bound to give equal publicity to contrary statements when they come from so serious a quarter, and to emphasize the need for an explanation.

Even if Mr. Yovanovitch's statements should prove incapable of refutation, this would not in any way alter two fundamental facts:—(1) That a central aim of Austro-Hungarian policy in the years before the war was the isolation and overthrow of Serbia, and (2) that political discontent, of a semi-revolutionary kind, was widespread throughout the Southern Slav provinces of Austria-Hungary, as the result of Austro-

Magyar racial policy, and quite irrespective of Serbia's action. But it is necessary to add that failure on the part of Belgrade to provide an adequate explanation would not merely affect our verdict on the events immediately preceding the war, but above all our attitude to the official Yugoslavia of to-day, whose destinies are controlled by the same party leaders who were in power in June, 1914.

I am, Sir, &c.,
R. W. SETON-WATSON.
1, Buckingham-street, Buckingham
Gate, S.W.1, Feb. 11.

Carnets d'un ambassadeur.

Von Dr. BOGHITSCHEWITSCH.

Depuis 1922 parait à Paris chez Rieder et Cie sous la direction de Albert Crémieux la revue mensuelle «Europe» qui compte parmi ses collaborateurs Romain Rolland, Rabindranath Tagore, Maxime Gorki, E. D. Morel (†), Georges Demartial, Paul Colin, Georges Duhamel, René Arcos et d'autres.

Cette revue se distingue de nombreuses autres revues françaises par son désir d'être vraiment internationale. Elle s'efforce en effet de contribuer à un sincère rapprochement des peuples, d'arriver à une appréciation équitable des responsabilités de la grande guerre. Elle s'intéresse spécialement au problème russe. Elle présente au public français d'excellentes traductions d'ouvrages d'auteurs étrangers, ce qui est très appréciable car jusqu'à présent la littérature étrangère avait été assez négligée en France.

Ces temps derniers cette revue a eu aussi le mérite de publier, malgré une forte opposition nationaliste, les mémoires de feu l'ancien ambassadeur de France à St. Pétersbourg, Georges Louis.

Ces mémoires sont sous maints rapports importants et bien intéressants.

Ils ne donnent pas, il est vrai, un aperçu complet de la politique générale française d'avant guerre. Ils contiennent en outre maints commérages diplomatiques parfois inexacts. On a même à certains passages l'impression qu'il s'agit un peu trop de l'amour propre blessé de l'auteur dont les prédictions poli-

tiques n'ont pas été toujours justifiées par les faits. Mais malgré . . ces faiblesses après lecture de ces pages nous avons connaissance des détails jusqu'alors insuffisamment connus sur d'une part l'antagonisme régnant entre les hommes d'état des différents pays, antagonisme qui a été si nuisible à la politique européenne, sur d'autre part les divergences d'opinions entre hommes politiques français.

Ces mémoires jettent une lumière, ce qui est leur plus grand mérit, sur l'attitude néfaste de certaines personnalités, attitude préjudiciable aux rélations pacifiques entre les différents états.

Nous y glanons de précieux renseignements sur le faible caractère de l'empereur Nicolas II, sur la francophilie du roi Edouard et sur sa participation bien active à la politique anglaise, sur la façon irréfléchie et si nuisible pour son pays avec laquelle Guillaume II parlait avec les diplomates étrangers et sur les idées enfantines du Kronprinz au sujet de la possibilité d'un rapprochement franco-allemand.

Les opinions politiques du comte Witte attirent aussi quelques instants notre attention; puis nous trouvons en feuilletant ces feuilles vraiment intéressantes quelques précieuses indications sur la politique des états balkaniques et sur l'appui que cette politique, si funeste pour l'Europe, a trouvé en Russie et en France.

Maints détails concernant l'antogonisme austro russe et l'antagonisme personnel entre Isvolski et Aehrenthal lors de l'annexion de la Bosnie ainsi que la démarche allemande à Pétérsbourg à cette occasion nous sont revelés sous un nouveau aspect.

Revelés aussi sont les intrigues de Poincaré à l'occasion de l'élection présidentielle de 1913 et l'attitude du gouvernement française vis-à-vis du St. Siège pendant la guerre mondiale.

Georges Louis nous parle explicitement des rélations anglo-russes, de la convention germano-russe de Björkö, de la guerre russo-japonaise.

Entre ces renseignements de haute importance, s'intercalent quelques réflexions spirituels de différentes personnalités comme par exemple le mot de Stolypine:

«je demande à être enteré là où l'on m'assassinera» ou de Tourkhan Pacha: «Notre prophète a dit: Si vous êtes dans la nécessité d'envoyer un ambassadeur en pays étrangers, choisissez le meilleur, et ne lui donnez pas d'instructions» ou de de A. Hébrard: «Un de mes amis disait: Tout notre bonheur

vient de nos vices, et tout notre profit vient des vices des autres.»

La lecture de ces pages finie, on trouve confirmées par différents témoins et de différentes façon l'assertion qu'Isvolski a travaillé par rancune personnelle à la déstruction de l'Autriche et qu'il a par cela contribué à déclancher la guerre mondiale («sa guerre»). On trouve aussi qu'il appartenait à celui qui payait ses dettes. Ainsi peut-on comprendre qu'il se soit laissé influencer par Tittoni à un tel point qu'il négligea parfois même les intérêts de son propre pays.

Qant à Poincaré il apparait dans ces mémoires comme un ambiteur, un intrigeant, un ergoteur à qui'il manque l'équilibre diplomatique, comme un diplomate qui ne sait pas négocier et n'ayant que deux réponses oui ou non, comme un infatigable discoureur.

La méthode de Poincaré a consisté jusqu'à présent à ne pas réfuter les arguments les mieux fondés concernant les responsabilités de la guerre par de contre-arguments, mais de répéter la phrase stéréotype «il fait le jeu de l'Allemagne» et par conséquent «il s'agit de machinations allemandes».

Même les carnets de Georges Louis n'ont pas échappés à cette argumentation de mauvaise foi.

Par une indiscrétion il a eu connaissance du manuscrit des mémoires bien avant la publication dans la revue, de sorte que les démentis du côté officiel parurent en même temps que les extraits.

Les thèses principales de Georges Louis sont confirmées grâce à de nouveaux arguments dans le livre d'Ernest Judet, intitulé «Georges Louis».

Dans la préface des carnets Albert Crémieux dit qu'il s'agit ici «pour la première fois de l'écho des sentiments cachés de personnalités françaises. Il ne s'agit plus aujourd'hui de documents belges ou de dépêches diplomatiques russes. Ce sont jugements de chez nous». «La presse entière de la France et de l'étranger s'est emparée de l'incident». «Nous y avons pu mesurer la force étrange de cette presse, encore asservie à une politique surannée et à une toute puissante raison d'Etat». Crémieux conclut: «Nous crayons à cette heure trouble où la conscience européenne veille, que rien en peut mieux servir la cause nationale que de parler au grand jour sans ambages et sans réticences. Nous en appelons sur ce point à tous ceux qui ont, à l'heure présente, quelque connaissance sincère des peuples qui nous entourent.»

Zur deutschen Flottenpolitik.

Eine Erwiderung von HANS DELBRÜCK.

Es gehört zum Wesen dieser Monatsschrift, daß die Mitarbeiter keineswegs auf ein bestimmtes Programm verpflichtet sind, sondern daß alle Ansichten, wenn sie nur aus dem Geiste der Wahrheitsforschung geboren und sachlich gehalten sind, hier Raum finden sollen. Daher habe ich es begrüßt, daß der Vizeadmiral Hollweg im vorigen Heft die deutsche Flottenpolitik hier verteidigt hat. Es scheint mir aber auch nötig, daß die Einwendungen, die sich gegen die Hollwegsche Darstellung erheben lassen, mit aller Bestimmtheit zum Ausdruck gebracht werden. Da Graf Montgelas, gegen den sich Hollweg zunächst wendet, die Flottenpolitik hier noch einmal systematisch zu behandeln gedenkt, so habe ich es übernommen, zunächst einmal die Differenzpunkte festzustellen.

1. Daß schon lange vor dem Bau unserer Flotte unser wirtschaftlicher Aufschwung in England mit Mißtrauen und Neid verfolgt, und in der Presse sogar mit Krieg gedroht wurde, ist richtig. Aber leider kann mit entsprechenden Aeußerungen aus der deutschen Presse erwidert werden.

2. Daß England der Reihe nach Portugal, Spanien, Frankreich um des Handels willen bekriegt hat, ist richtig, aber wenn man objektiv sein will, muß hinzugefügt werden, daß mit dem Aufkommen der Freihandelslehre im vorigen Jahrhundert gegen diese Gesinnung in England selbst ein Gegengewicht geschaffen war.

Neben dem Engländer, der Deutschland beneidete, stand der Engländer, der sich freute, daß der deutsche Kunde wohlhabend wurde und ihm seine Waren abkaufte. Diese Bewegung wurde sehr gefördert dadurch, daß England sich mehr und mehr aus dem Industriebetrieb auf das Bankgeschäft umstellte.

3. Daß jedes Volk das Recht hat, das Maß seiner Rüstung selbst zu bestimmen, ist unbestreitbar. Die Frage ist nur, ob es von Deutschland, das unter der dauernden schweren Bedrohung von Rußland und Frankreich stand, k l u g war, durch den Bau der Schlachtflotte in England Beunruhigung zu erregen und ihm, wie Hollweg es selber ausdrückt, zu verstehen zu geben, daß man die englische Seetyrannei nicht auf die Dauer zu dulden gedenke.

4. Hollweg verweist darauf, daß die Vereinigten Staaten heute eine größere Flottenrüstung aufstellen, als ehemals

Deutschland, und England sich das gefallen lasse. Das ist richtig. Aber ob England sich das auch noch gefallen lassen würde, wenn sich ihm gegen die Vereinigten Staaten solche Bundesgenossen böten wie 1914 gegen uns, ist doch wohl fraglich.

5. Bloße Küstenverteidigung mit Unterseebooten und Kreuzern, meint Hollweg, wäre „kostspielige Zwecklosigkeit" gewesen. Wäre eine starke U-Bootsflotte im Jahre 1914 wirklich so zwecklos gewesen? Hätten einige U-Boote Anfang September 1914 die englischen Kriegsschiffe von der flandrischen Küste verscheucht, so hätten wir die Schleusen von Nieuport besetzen können, die Ueberschwemmung wäre verhindert worden und die Umfassung des linken französischen Flügels wäre gelungen.

6. Hollweg besteht darauf, daß wir Schlachtschiffe hätten bauen müssen, da diese im Seekriege erfahrungsmäßig die Entscheidung geben. Es fragt sich, weshalb wir im Weltkrieg diese Entscheidung nicht herausgefordert haben. Großadmiral von Tirpitz hat die Miene angenommen, als ob er von Anfang an die Seeschlacht gefordert habe, und daß es durch die Schuld der anderen maßgebenden Admiräle, des Chefs des Admiralsstabes von Pohl, des Chefs des Marinekabinetts von Müller und des kommandierenden Admirals von Ingenohl und dazu des Reichskanzlers, nicht dazu gekommen sei. Das wird in weiten Kreisen auch heute noch geglaubt. Durch das Zeugnis des Oberhofmarschalls von Reischach (vergleiche meine Broschüre „Ludendorff, Tirpitz, Falkenhayn") ist jedoch festgestellt, daß Tirpitz sich anfänglich, als das Hauptquartier noch in Coblenz war, *gegen* die Seeschlacht ausgesprochen hat. Er hat diese Forderung erst aufgestellt und auch dann noch mit großer Vorsicht, als er wußte, daß der Kaiser nicht darauf eingehen werde. Als einen Grund, weshalb die Flotte schlagen müsse, hat Tirpitz auch bezeichnet, daß andernfalls der Reichstag nach dem Kriege für die Marine keine Gelder mehr bewilligen werde. Daß ein strategischer Vorschlag, in den ein so unsachliches Motiv eingemischt war, auf den Kaiser keinen Eindruck machen konnte, liegt auf der Hand. Das zufällige Zusammentreffen der Flotten im Skagerrak lief deshalb so günstig für uns aus, weil es spät am Abend stattfand und Admiral Scheer den Rückzug befahl, ehe die zweite Hälfte der englischen Flotte eingreifen konnte. Mit Recht ist Admiral Scheer deshalb gefeiert worden. Aber auch er hat es nach diesem Erfolge nicht etwa unternommen, die entscheidende

Seeschlacht zu suchen, um die englische Blockade zu brechen. Was haben uns also die Schlachtschiffe genützt, deren Bau Hollweg auch heute noch als wohlberechnet verteidigt? Eine Anzahl Armeekorps zu Lande und einige hundert U-Boote zur See mehr hätten doch wohl besser den deutschen Verhältnissen entsprochen.

7. Was hat es Deutschland genützt, wie Hollweg rühmt, daß England genötigt war, uns eine Stärkerelation anzubieten? Und daß Tirpitz die Formel 16 : 10 akzeptierte?

8. Den Tirpitzschen Risikogedanken sollte man heute doch wohl nicht mehr verteidigen. Man braucht nur auf das zu verweisen, was der Kronprinz in seinen Memoiren ausspricht. Es war von den Engländern nicht zu erwarten, daß sie uns so weit wachsen lassen würden, daß sie den Krieg nicht mehr in Tirpitzschem Sinne riskieren konnten, sondern daß sie vorher zuschlagen würden.

9. Hollweg verteidigt den Standpunkt, daß wir trotz des bösen Willens gewisser französischer, englischer und russischer Kreise den Krieg 1914 hätten vermeiden können. Man kann darüber streiten. Aber kann man behaupten, daß, nachdem England sich einmal der Entente angeschlossen hatte, wir den Krieg auf die Dauer hätten vermeiden oder ihn später unter besseren Bedingungen hätten führen können? Es mag sein, daß sich trotz unserer Schlachtschiffe eine maritime Verständigung mit England anbahnte, und daß, falls Tirpitz nicht nach 1914 abermals eine neue Flottenvorlage brachte, diese Verständigung dann auch eine gewisse Dauer erlangt hätte. Aber leider war die Verständigung Rußlands und Frankreichs mit England bereits so weit gediehen, daß Poincaré und Sasonow der englischen Hilfe sicher sein konnten und losschlugen, ehe es Bethmann gelungen war, die durch die Tirpitzsche Flottenpolitik herbeigeführte Verstimmung in London zu überwinden.

Die Entstehung der englisch-französischen Militärkonvention.

AUGUST BACH.
Mitarbeiter der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen.

Die Grundlage der englisch-französischen Entente. Das Abkommen vom 8. April 1904.

Am 8. April 1904 wurde zwischen den Regierungen Englands und Frankreichs ein Kolonialvertrag unterzeichnet, in dem Frankreich endgültig auf Aegypten verzichtete und dafür von England freie Hand in Marokko zugesichert erhielt. In einem gleichzeitig abgeschlossenen, aber erst im Jahre 1911 bekanntgewordenen geheimen Abkommen beschlossen die beiden Regierungen, in Aegypten und Marokko ihre Oberhoheit stärker zur Durchführung zu bringen. Gegen den Einspruch dritter Mächte sicherten sie sich gegenseitige diplomatische Unterstützung zu. Der diplomatische Gedankenaustausch über die Zukunft Aegyptens und Marokkos mußte notwendigerweise die Beziehungen beider Länder immer enger gestalten. Der große Vorteil einer mit England Hand in Hand arbeitenden Kolonialpolitik, der von Deutschland in den neunziger Jahren ausgeschlagen worden war, fiel nunmehr Frankreich zu. Dieser Vorteil war für Frankreich um so größer, da seine Auswirkung sich keineswegs auf die Kolonien beschränkte, sondern sich immer stärker in der europäischen Festlandspolitik bemerkbar machte. Den ersten nachhaltigen Beweis lieferte dafür schon das Jahr 1905.

Der Sturz Delcassés und Englands Zusage militärischer Unterstützung auf dem Festlande.

Auf dem Höhepunkt der deutsch-französischen Marokkokrise von 1905 mußte der französische Außenminister Delcassé im Ministerrat vom 6. Juni seinen Rücktritt erklären. Delcassé hat in diesem entscheidenden Ministerrat Mitteilung davon gemacht, daß er das Versprechen der englischen Regierung habe, im Falle eines deutsch-französischen Krieges Frankreich durch ein englisches Expeditionskorps zu unterstützen.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Herr von Flotow, empfing am 6. Juni, wenige Stunden nach dem Sturz Delcassés, den Besuch des Mitarbeiters des „Matin", de Cuverville, der ihn im Auftrag des Besitzers des „Matin", des Herrn Bunau-Varilla, aufsuchte, um ihm „seine Mitwirkung zu einer Beseitigung der deutsch-französischen Spannung anzubieten". Herr von Flotow berichtete darüber am 7. Juni nach Berlin.[1] Herr de Cuverville habe ihm im Namen des Herrn Bunau-Varilla mitgeteilt, „daß von englischer Seite hier in aller Form das Anerbieten einer Offensiv- und Defensivallianz mit antideutscher Spitze gemacht worden sei. Man habe aber bis jetzt in hiesigen leitenden Kreisen nicht den Entschluß fassen können, darauf einzugehen, einerseits wegen der Rückwirkung auf Rußland, andererseits, weil der überwiegende Teil der französischen Regierung hoffe, doch noch zu einem befriedigenden Verhältnis zu Deutschland zu gelangen. Es sei aber nunmehr an der Zeit für Deutschland, sich in dieser Hinsicht zu entscheiden, da andernfalls Frankreich doch gezwungen sein würde, engere Fühlung mit England zu suchen."

Die Herausgeber der deutschen Akten nehmen gewiß mit Recht an, daß Delcassé, der ja auch später noch gute Beziehungen zum „Matin" unterhielt, das englische Bündnisangebot durch de Cuverville zur deutschen Kenntnis gebracht habe, um im französischen Interesse das deutsch-englische Verhältnis zu verschlechtern.

Von amtlicher englischer Seite wurde sofort mit aller Entschiedenheit jede Absicht, mit Frankreich ein Bündnis abzuschließen, geleugnet.

In einer Unterredung mit dem deutschen Botschafter Graf Metternich erklärte Lord Lansdowne die Nachrichten über einen derartigen englischen Antrag für „volkommen erfunden". Graf Metternich bemerkte dazu: „Da Lord Lansdowne das Allianzgerücht mit der größten Entschiedenheit und ohne Zweideutigkeit als aus der Luft gegriffen zurückwies, so erwiderte ich ihm, durch seine Versicherungen erscheine Punkt Nummer 1 als beseitigt, und ich würde meiner Regierung berichten, daß infolge seiner Aussprache nach meiner festen Ueberzeugung kein wahres Wort an der ganzen Geschichte sei".[2] Auch Asquith bestreitet auf Grund sorgfältiger Untersuchungen, daß „ein solches Angebot jemals vom britischen Auswärtigen Amt

[1] Die große Politik der europäischen Kabinette (= Gr. P.) 20, II, Nr. 6853.

[2] Gr. P. 20, II, Nr. 6858.

oder von seiten der britischen Regierung oder für die britische Regierung gemacht worden sei."[3])

Ebenso behauptet G. P. Gooch auf Grund von Feststellungen des englischen Auswärtigen Amtes, das britische Angebot habe nur in Delcassés Einbildung bestanden.[4])

Diesen Ableugnungen von englischer amtlicher Seite stehen die Aussagen der französischen amtlichen Stellen diametral gegenüber.

Zunächst veröffentlichte am 7. Oktober 1905 Stéphane Lauzanne im „Matin" einen Artikel „Die Wahrheit über die Marokko-Affaire". Er teilte mit, daß Delcassé im Ministerrat vom 6. Juni erklärt habe, England sei bereit, Frankreich zu unterstützen und sich im Falle eines deutschen Angriffs auf seine Seite zu stellen. „England — schrieb Lauzanne — ließ in der Tat mündlich die Regierung der Republik wissen, daß es, im Falle Frankreich angegriffen würde, bereit sei, seine Flotte zu mobilisieren, den Kaiser-Wilhelm-Kanal zu blockieren und hunderttausend Mann in Schleswig-Holstein zu landen. Die französische Regierung wurde ferner verständigt, daß, wenn sie es wünsche, dies Anerbieten ihr schriftlich gemacht werden würde." Inzwischen ist durch wichtige Zeugen bestätigt worden, daß England tatsächlich das Angebot schriftlich gemacht hat. Der Justizminister im Kabinett Rouvier, Chaumié, hat eine Aufzeichnung über den Kabinettsrat vom 6. Juni 1905 hinterlassen, die am 19. März 1922 von seinen ehemaligen Kollegen Bienvenu-Martin und Thomson im „Temps" veröffentlicht worden ist. In dieser Aufzeichnung heißt es: „Ces ouvertures ne se sont pas bornées à de simples pourparlers; des notes écrites ont déjà été échangées."

Delcassé selber hat in einem Brief vom 20. März 1922 an den „Figaro", der am 24. März im „Figaro" erschien, folgendes mitgeteilt: „Am 6. Juni war ich erst seit 48 Stunden im Besitz des englischen Unterstützungsangebotes. Nur der Präsident der Republik und der Ministerpräsident waren von mir davon verständigt worden."

Und endlich hat Poincaré in seinen Vorlesungen über die Ursachen des Krieges erklärt: „Im Ministerrat vom 6. Juni 1905 stand die schwerwiegende Frage der Teilnahme Frankreichs an dieser Konferenz zur Beratung. Herr Delcassé, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, riet zur Enthaltung und teilte

---

[3]) H. H. Asquith: The Genesis of the War. Cassel & Company, London 1923, S. 91.

[4]) The Cambridge History of British Foreign Policy, III, S. 342.

gleichzeitig seinen Kollegen den schriftlich gemachten Unterstützungsvorschlag mit, den er vor einigen Tagen durch Herrn Paul Cambon von Lord Lansdowne erhalten hatte."[5])

Diese Aussagen von so autoritativer Seite können kaum noch einen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß Lord Lansdowne tatsächlich im Juni 1905 Frankreich ein Unterstützungsangebot gemacht hat.

Der nach dem Sturze Delcassés von dem französischen Ministerpräsidenten Rouvier geäußerte Wunsch einer direkten Verständigung mit Deutschland unter Vermeidung einer internationalen Konferenz wurde leider von Holstein und Bülow nicht beachtet. Die dadurch geschaffene ungemein starke Entfremdung zwischen Berlin und Paris, die in den Wochen vor Beginn der Konferenz von Algeciras eine latente kriegerische Spannung hervorrief, führte in den letzten Tagen des Jahres 1905 und in den ersten Tagen des Jahres 1906 den englischen und französischen Generalstab an den Verhandlungstisch.

Die Verhandlungen zwischen dem Colonel Repington und dem französischen Militärattaché Major Huguet.

Am 28. Dezember 1905 war der französische Militärattaché in London, Major Huguet, bei dem militärischen Mitarbeiter der „Times", Colonel Repington, zu Gast. Huguet schilderte die politische Lage als sehr ernst. Er sagte, die französische Marine habe schon gewisse Vorsichtsmaßregeln angeordnet, und auch in der Armee würden Vorbereitungen getroffen. Er sei überzeugt, daß Deutschland bei einem Angriff auf Frankreich durch Belgien marschieren werde.[6])

Am Morgen des 29. Dezember teilte Repington den Inhalt dieses Gespräches dem von London abwesenden Staatssekretär des Auswärtigen, Sir Edward Grey, mit. Repington erhielt Greys Antwort am 1. Januar 1906. Grey schrieb: „Ich gebe nichts von dem auf, was Lord Lansdowne den Franzosen gesagt hat, und stehe nicht an, es zu bestätigen". Also auch Grey war sofort zur diplomatischen und eventuell auch militärischen Unterstützung Frankreichs bereit.

In den folgenden Tagen hatte Repington Besprechungen mit den obersten englischen Militär- und Marinebehörden. Eingehend wurde dabei der Plan einer Unterstützung Frankreichs

---

[5]) Raymond Poincaré: „Les Origines de la Guerre", Librairie Plon, Paris 1922, S. 91.

[6]) The first World War 1914—1918. Personal Experiences of Lieutenant Colonel Repington. London, Constable and Company, 1920, Volume I. S. 3 ff.

im Kriegsfalle besprochen, aber angesichts der widersprechenden Auffassungen noch kein positives Ergebnis erzielt.

Um zunächst einmal die französischen Anschauungen kennenzulernen, setzte Repington den nachstehenden Fragebogen auf, den Major Huguet am 7. Januar 1906 nach Paris brachte. Im Einverständnis mit dem Ministerpräsidenten Rouvier, dem Kriegsminister Etienne, dem Marineminister Thomson und seinem Stab und dem Generalissimus Brugère und seinem Generalstabschef Brun wurden die englischen Fragen beantwortet.

Die Fragen Repingtons vom 5. Januar 1906:

1. Hat der Oberste Kriegsrat eine Mitwirkung Englands im Falle eines Krieges mit Deutschland erwogen? Auf welche Art glaubt er, daß sich diese Mitwirkung am besten vollziehen kann a) zur See, b) zu Land?

Die französischen Antworten:

Die Frage der Mitwirkung der englischen Armee zu Lande ist geprüft worden — man glaubt, daß ihre Aufgabe, um sie am wirkungsvollsten zu gestalten, sein müsse:

a) verbunden mit der Aufgabe der französischen Armee, d. h. derselben Führung unterstellt, sei es, daß die Armeen auf demselben Kriegsschauplatz handeln oder auf verschiedenen Schauplätzen;

b) sich von Anbeginn der Feindseligkeiten an verständigen im Hinblick auf die daraus folgende bedeutende moralische Wirkung. Es wäre wünschenswert, wenn einige englische Korps, gleichgültig in welcher Zahl und Stärke (1 oder 2 Divisionen, wenn möglich), am 5. oder 6. Mobilmachungstag gelandet werden könnten, derart, daß sie in der gleichen Zeit wie die französischen Korps auf ihre Operationsschauplätze gebracht werden könnten. Sie könnten zunächst, bei Verdoppelung der Einheiten, in Friedensstärke aufbrechen; alsdann würden die Reservisten eintreffen und die Einheiten auf ihre normale Kriegsstärke bringen. Der Rest der Armee würde seine Mobilisation regulär ausführen und nach Beendigung aufbrechen.

Zur See gestatten die besondere Lage, die große Ueberlegenheit seiner Flotte, die ihr gegebene Möglichkeit, im voraus alle ihr nützlich erscheinenden Maßnahmen zu treffen, England von selber, einen bes-

seren Plan aufzustellen als Frankreich, das sich nicht der gleichen Handlungsfreiheit erfreut, weil es

1. die Haltung Italiens nicht kennt,
2. aus diesem Grunde und weil es, um Gegenbeschuldigungen zu vermeiden, nicht im voraus die gleichen Maßnahmen wie England treffen kann.

2. Können wir als Prinzip annehmen, daß Frankreich belgisches Gebiet nicht verletzen will, wenn es nicht dazu durch vorhergehende Verletzung belgischen Gebiets von deutscher Seite gezwungen würde?

2. Ja, unbedingt.

3. Glauben die Franzosen, daß jede Verletzung der belgischen Neutralität uns automatisch zur Verteidigung unserer Vertragsverpflichtungen in den Krieg hineinzieht?

3. Frankreich hat es immer angenommen, aber niemals eine offizielle Versicherung erhalten.

4. Angenommen, daß Deutschland die belgische Neutralität verletzen würde, welchen Operationsplan würden die Franzosen vorschlagen für ein Zusammenwirken der französischen, englischen und belgischen Kräfte?

4. Man rechnet nicht sehr mit einer Aktion der belgischen Armee, die, wie man glaubt, sich unter Protest gegen die Verletzung ihres Gebiets darauf beschränken würde, auf Antwerpen zurückzugehen. In dem Falle, wo Belgien zur Verteidigung seines Bodens entschlossen wäre, würde man eine sofortige gemeinsame Aktion unter einheitlicher Führung vorschlagen, eine Aktion, die nicht im voraus festgelegt werden kann, da sie von den Umständen abhängen wird.

5. Wie denkt die französische Regierung über eine Operation zur See und über die Landung englischer Truppen an der deutschen Küste? Wenn wir hierfür 100 000 Mann zur Verfügung stellen könnten, würde dann Frakreich in der Lage sein, ein gleich großes Kontingent zu stellen, das durch die britische Marine nach Deutschland zu transportieren wäre? In welcher Zeit und von welchen Häfen aus?

5. Im Hinblick auf die voraussichtliche numerische Ueberlegenheit der Deutschen scheint eine Operation dieser Art zu Beginn des Feldzuges sehr mißlich; man dürfte sie wohl nur unter ganz außergewöhnlichen Umständen versuchen.

6. Erwarten die Franzosen von uns einen gemeinsamen Operationsplan zur See? Haben sie irgendeinen Plan, den sie uns vorschlagen können?

6. Siehe die Beantwortung der ersten Frage.

7. Würde es für Frankreich möglich sein, Togo und Kamerun fortzunehmen, wenn wir Deutsch-Ost- und Südwest-Afrika und die deutschen Besitzungen im Pacific besetzen würden?

7. Vom militärischen Gesichtspunkt wird die Operation leicht auszuführen sein, und unsere Absicht ist es, sie zur Ausführung zu bringen.

8. Würde Frankreich zustimmen, daß alle von Frankreich und England weggenommenen deutschen Schiffe und kolonialen Besitzungen während des Krieges gemeinsam verwaltet und als Faustpfand gegen einen möglichen deutschen Erfolg in Europa verwandt würden?

8. Diese Frage ist vor allem diplomatischer Art, und im gewünschten Augenblick müßte über sie auf diplomatischem Wege verhandelt werden.

9. Können wir grundsätzlich annehmen, daß, mit Ausnahme der unter 7 beschriebenen Operationen, die Engländer zur See und die Franzosen zu Lande befehligen werden?

9. Ja; die einheitliche Führung ist sowohl zu Lande wie zur See absolut unerläßlich.

10. Welche Haltung würde man im Kriegsfalle von den Niederlanden verlangen und erwarten oder welche Vorsichtsmaßregeln würde man von ihnen fordern?

10. Man hat in dieser Hinsicht nichts bestimmt. Wenn die Niederlande Widerstand leisten wollen, wird man ihnen raten, sich mit allen möglichen Mitteln der Verletzung ihres Gebietes zu widersetzen; Schritt um Schritt zu widerstehen, die Eisenbahnen und alle Kunstbauten zu zerstören und sich auf die Hauptmacht der französischen Truppen zurückzuziehen. Passive Verteidigung, wenn sie, wie es wahrscheinlich ist, eine aktive Verteidigung nicht wagen.

11. Im großen und ganzen, was glauben die Franzosen, welcher Operationsplan von den Deutschen im Kriegsfall zu erwarten ist? In welcher Zeit werden sie ihren Aufmarsch vollendet haben, in welchen Linien werden sie beim Vormarsch erwartet, in welcher Zahl und in welcher Stärke?

11. Im allgemeinen glaubt man, daß die wahrscheinliche Stärke der deutschen Armee 1 300 000 bis 1 400 000 Mann betragen wird. Die Hauptmacht der Kämpfenden wird ihren Aufmarsch bis zum 11. oder 12. Mobilmachungstag vollenden, der Nachschub bis zum 15. oder 16. Mobilmachungstag.

Nach dem deutschen Eisenbahnnetz zu schließen, wird der Aufmarsch zwischen Metz und Thionville stattfinden. Mit einer sofortigen sehr energischen Offensive in der Richtung Paris ist alsdann zu rechnen.

Sofort nach der Rückkehr des Major Huguet brachte Repington die französischen Antworten den englischen Stellen zur Kenntnis. Die Antworten befriedigten nicht in dem Maße, wie Huguet und Repington wohl gehofft hatten. Der englische Admiralstab erklärte sich sogar außerstande, die Ueberfahrt britischer Truppen in ausreichender Weise schützen zu können, und auch von militärischer Seite wurden starke Einwände erhoben, insbesondere sprach sich Sir John French gegen eine Unterstützung Frankreichs durch Landung britischer Truppen auf französischem Boden aus.

Wenn somit der Gedankenaustausch zwischen dem englischen und französischen Generalstab auch nicht im ersten Anlauf zu einem für Frankreich befriedigenden Resultat führte, so durfte man in Paris doch hoffen, daß die französischen Antworten eine ernste Beachtung in London finden und als Ausgangspunkt baldiger erneuter Besprechungen dienen würden. Daß man auch in Londoner Regierungskreisen den militärischen Besprechungen die ihnen zukommende hohe Bedeutung beimaß, ergibt sich aus den gleichzeitig stattgefundenen Verhandlungen zwischen Grey und dem französischen Botschafter Paul Cambon.

Die Besprechungen zwischen Grey und Paul Cambon.

Am 10. Januar 1906 hatte Grey mit Paul Cambon eine Unterredung. Cambon sagte, „es sei von großer Bedeutung für die französische Regierung, im voraus zu wissen, ob im Falle eines Angriffs gegen Frankreich von seiten Deutschlands Großbritannien bereit sein würde, Frankreich bewaffneten Beistand zu leisten".[7]) Frankreich glaube, daß „nichts einen den Frieden mehr fördernden Einfluß auf den deutschen Kaiser üben würde als die Ueberzeugung, Deutschland werde bei einem Angriff auf Frankretch auch England mit diesem verbündet finden".

Grey hielt mit seiner Antwort zunächst sehr zurück. Dann erklärte er sich bereit, Frankreich die Versicherung einer wohlwollenden Neutralität zu geben, womit Cambon durchaus nicht befriedigt war. Grey versuchte dem Botschafter entgegenzukommen unter Hinweis auf die „inoffiziellen Mitteilungen" zwischen den englischen und französischen Militärbehörden, die die beiden Länder im Kriegsfalle aneinander binden würden.

---

[7]) The Life of the Right. Hon. Sir Henry Campbell-Bannerman by J. A. Spender, II, S. 249 ff.

Grey scheint diesen Besprechungen fast größere Bedeutung beigemessen zu haben als die englischen militärischen Führer.

Nicht so ganz einverstanden mit diesen Besprechungen war offenbar der englische Premierminister Campbell-Bannerman, der am 14. Januar 1906 an Grey schrieb: „Wir haben glücklicherweise etwas mehr Zeit zum Ueberlegen, da der französische Botschafter eine Antwort während der Wahlen nicht erwarten kann."[8])

In einer zweiten Unterredung mit Cambon am 15. Januar vertröstete Grey diesen bis zur Rückkehr des Premierministers. Er teilte ihm aber mit, daß der englische Kriegsminister Haldane mit den militärischen Besprechungen einverstanden sei. Es müsse allerdings „klar sein, daß sie keine der Regierungen verpflichteten".[9])

Am 31. Januar 1906 hatte Grey eine dritte Unterredung mit Cambon. Dieser stellte erneut die Frage, ob Frankreich im Falle eines deutschen Angriffs auf Englands Unterstützung rechnen könne. Grey entgegnete, daß die englischen und französischen militärischen Behörden miteinander in Verbindung getreten seien, und er nähme an, „daß alle Vorbereitungen getroffen seien, so daß, wenn eine Krisis entstände, durch den Mangel einer formellen Verpflichtung keine Zeit verloren sein würde". Cambon genügten auch diese Worte noch nicht. Wenn die Konferenz von Algeciras scheitern sollte, so könne ein Krieg so plötzlich entstehen, „daß das Bedürfnis, zu handeln, eine Frage nicht von Tagen, sondern von Minuten sein würde ..." Er wiederholte seine Bitte um eine bestimmte Versicherung von englischer Seite. Grey aber wich aus. Er könne eine solche feierliche Verpflichtung nicht geben, ohne sie dem Kabinett zu unterbreiten, das gewiß eine schriftliche Festlegung fordern würde. Das aber hielt Grey für sehr bedenklich, da es schwierig sein würde, die genauen Bedingungen einer solchen Verpflichtung zu formulieren. Im übrigen könne die Regierung eine derartige Bindung des Landes in einer so ernsten Angelegenheit nicht geheim halten.[10])

Die Unterredungen zwischen Grey und Paul Cambon zeigen deutlich, daß die britische Regierung im Januar 1906 vor einem Bündnis mit Frankreich zurückschreckte, daß sie aber die militärischen Besprechungen nicht nur billigte, sondern, wie das auch der damalige Kriegsminister Haldane in seinen Er-

[8]) a. a. O. S. 252.
[9]) a. a. O. S. 252 ff.
[10]) a. a. O. S. 253 ff.

innerungen bestätigt, in jeder Hinsicht förderte. Das Schwergewicht der englisch-französischen Entente war somit unter Billigung der Regierungen auf die beiderseitigen Generalstäbe übergegangen.

Der vorgesehene Versammlungsraum der englischen Truppen und die englisch-belgischen Besprechungen von 1906.

In den zwischen dem englischen und französischen Generalstab weitergeführten Verhandlungen wurde dem englischen Expeditionskorps ein Versammlungsraum gegenüber der belgischen Grenze zugewiesen.[11])

In diesem Zusammenhang müssen die im Januar 1906 zwischen dem belgischen Generalstabschef Ducarne und dem englischen Militärattaché in Brüssel, Barnardiston, stattgefundenen Besprechungen genannt werden. Sie trugen durchaus offiziellen Charakter und ihre Bedeutung wurde durch gleichzeitige Verhandlungen des englischen Gesandten in Brüssel mit dem belgischen Außenminister verstärkt. In der ersten Unterredung[12]) machte der englische Militärattaché folgende Mitteilung:

„Die Landung der englischen Truppen würde an der französischen Küste in der Gegend von Dünkirchen und Calais so geschehen, daß die Bewegung möglichst beschleunigt werde. Der Einmarsch der Engländer in Belgien solle erst nach der Verletzung unserer Neutralität durch Deutschland stattfinden. Die Ausschiffung über Antwerpen würde viel mehr Zeit erfordern, weil man größere Transportschiffe brauche und andererseits die Sicherheit weniger vollkommen sei."

Barnardiston fragte dann den belgischen Generalstabschef, ob die belgischen Maßnahmen genügten, um die Verteidigung Belgiens während des Transportes der englischen Truppen sicherzustellen. Ducarne gab ihm bereitwillig Auskunft. Die Festungen Lüttich und Namur seien gegen einen Handstreich gesichert und die belgische Feldarmee sei in vier Tagen in Stärke von 100 000 Mann zum Angriff bereit.

In einer zweiten Unterredung machte der Militärattaché genaue Zahlenangaben über die englischen Kräfte. Er bat den

---

[11]) „Before The War" von Viscount Haldane, London 1920, S. 31 und 161 . . . „place of assembly to be opposite the Belgian frontier, . . . „place of concentration opposite the Belgian frontier . . .

[12]) Siehe den Wortlaut der Aufzeichnungen Ducarnes bei Bernhard Schwertfeger: „Der geistige Kampf um die Verletzung der belgischen Neutralität", Hans Robert Engelmann, Berlin 1919, S. 143 ff.

belgischen Generalstabschef, die Frage des Transportes dieser Truppen nach demjenigen Landesteil, wo sie nützlich sein könnten, zu prüfen, und versprach, ihm die eingehende Zusammensetzung des englischen Expeditionskorps mitzuteilen.

Ferner ließ der englische Generalstab durch Barnardiston folgende Wünsche vorbringen, die ein direktes Eingreifen in die Befugnisse des belgischen Generalstabs bedeuteten:

1. Von der belgischen Feldarmee sollten keine Truppen nach Lüttich oder Namur abgezweigt werden, da diese Plätze hinreichend belegt seien.

2. Die Frage des Oberbefehls müsse geklärt werden.

Ducarne lehnte den letzten Punkt ab und versprach, die übrigen behandelten Fragen aufmerksam zu verfolgen.

Die weiteren Besprechungen zwischen Ducarne und Barnardiston dienten der sorgfältigen Prüfung der Maßnahmen für die englischen Truppentransporte zur See, ihre Ausladung und Ueberführung an ihre Bestimmungsorte. Weit darüber hinaus gingen Verhandlungen über gemeinsame Operationen für den Fall eines deutschen Angriffs auf Antwerpen unter Annahme eines Durchmarsches durch Belgien in der Richtung auf die französischen Ardennen. Ducarne hatte Barnardiston einen Operationsplan zur Prüfung übergeben, der von dem Chef des englischen Generalstabs, General Grierson, gebilligt wurde. Bei allen Unterhaltungen teilten Ducarne und Barnardiston einander die erhaltenen Nachrichten über die militärische Lage und die Absichten Deutschlands mit.

Die bestimmten Erklärungen und die bis ins einzelne gehenden Angaben über die Bewegungen der belgischen Armee im Kriegsfalle haben ohne Zweifel den englischen und französischen Generalstäben im Jahre 1906 ihre Vorarbeiten für eine beide Länder bindende Militärkonvention ungemein erleichtert. Hinzu kam eine Unterredung des englischen Generalstabschefs mit Ducarne in Compiègne während der französischen Manöver im Spätsommer 1906. Wir besitzen darüber eine Aufzeichnung Ducarnes, die er dem Bericht über seine Unterredung mit Barnardiston angefügt hat. Die Notiz lautet:

„Als ich den General Grierson während der Manöver von 1906 zu Compiègne traf, versicherte er mir, daß die Reorganisation der englischen Armee den Erfolg haben würde, nicht allein die Ausschiffung von 150 000 Mann sicherzustellen, sondern auch ihre Aktion in einer kürzeren Frist zu gestalten als die, von der im vorhergehenden die Rede ist."

Diese so weitgehenden englisch-belgischen Besprechungen und Verhandlungen fanden mit dem Jahre 1906, soweit wir bis jetzt unterrichtet sind, ihren Abschluß.

Die Enthüllungen Ernest Judets.

An den genannten französischen Manövern im Spätsommer 1906 nahm eine englische Militärmission unter Führung des General French teil. Der „Gaulois" gab am 9. September 1906 die folgende Aeußerung eines Mitgliedes der Mission wieder:

„Die Entsendung einer Spezialmission englischer Offiziere zu den französischen Manövern spielt die gleiche Rolle wie die Anwesenheit Dragomiroffs und seiner Gruppe russischer Offiziere während der Truppenschau von Mirecourt im Jahre 1895."[13])

Gewiß war diese Aeußerung des englischen Offiziers nicht allzusehr übertrieben.

Während der Anwesenheit der englischen Militärmission veröffentlichte der Chefredakteur des „Eclair", Ernest Judet, in der Zeit vom 12. bis 21. September 1906 zehn große, dem militärischen Ausbau der englisch-französischen Entente gewidmete Artikel. Er behauptete in bestimmtester Form, „daß der englische Vorschlag des Abschlusses einer Militärkonvention in Frankreich von der französischen Regierung vorbehaltlich der parlamentarischen Ratifizierung angenommen sei. An der Genehmigung der Kammer sei bei der Furcht vor Deutschland nicht zu zweifeln."[14]) Dazu schrieb der deutsche Geschäftsträger in Paris, Herr von Flotow:

„Die Nachricht verdient einige Beachtung durch den Umstand, daß, wie ich vertraulich höre, Judet und der in englischer Spezialmission zu den französischen Manövern entsandte General French infolge des freundschaftlichen Verhältnisses ihrer Gattinnen auch zueinander in guten, persönlichen Beziehungen und im Briefwechsel stehen. French soll versucht haben, den bekanntlich sonst sehr englandfeindlichen Judet brieflich für die Idee der Militärkonvention zu gewinnen. Anscheinend vergebens."[15])

Weiter schrieb Flotow am 19. September an Graf Pourtalès, er habe „durch eine Vertrauensperson den russischen Geschäftsträger sondieren lassen, dem ja natürlich ganz andere

---

[13]) Gr. P., Nr. 7227.
[14]) Gr. P., Nr. 7228 und Anmerkung.
[15]) Gr. P., Nr. 7228.

Informationsquellen zur Verfügung stehen. Er ist anfänglich ausgewichen, hat dann aber auf die direkte Frage, was seine Ansicht sei, gesagt: „Eh bien, je crois que c'est vrai."[16])

Wir wissen heute, daß es erst einige Jahre später zum Abschluß der englisch-französischen Militärkonvention gekommen ist. Aber ihr Ausgangspunkt und ihre erste Basis hatte diese Konvention in den Verhandlungen vom Frühjahr und Sommer 1906.

Fallières Besuch in London 1908 und Tardieus Indiskretionen.

Vom 25. bis 29. Mai 1908 war der Präsident der französischen Republik, Fallière, Gast des englischen Königshauses. Am 25. Mai, beim Festmahl im Buckingham Palast, sagte König Eduard in seinem Trinkspruch: „Von ganzem Herzen wünsche ich, daß die Entente cordiale auch eine Entente permanente sein möge, zum Glück und Wohlergehen der beiden Nationen und zur Aufrechterhaltung des Friedens, der das Glück der ganzen Welt ausmacht."

Dazu schrieb Tardieu im „Temps" am 26. Mai:

„An dem Tage, an dem die englische Regierung sich entschließen würde, an Stelle des unzulänglichen Haldaneschen Planes ihr Land mit einer zeitgemäßen Armee auszustatten, würden alle klar blickenden Franzosen Anhänger einer französisch-englischen Allianz, welche das im Jahre 1891 durch das französisch-russische Bündnis besiegelte System der friedlichen Verteidigung vervollständigen und erweitern würde. Unter dieser Bedingung würde die engere Anknüpfung der Bande, welche Frankreich mit England vereinigt, in gleicher Weise für die Engländer und Franzosen nützlich sein."

Dieser Artikel Tardieus erregte in Paris großes Aufsehen. Fürst Radolin, der deutsche Botschafter, berichtete darüber nach Berlin. Man frage sich in diplomatischen Kreisen erstaunt, „welche Beweggründe diesmal dem enfant terrible die Feder geführt habe. Entweder, so hört man, liege eine Verabredung mit der englischen Militärpartei vor, oder aber — und dies scheint mir die richtige Lösung des Rätsels — Herr Tardieu hat wieder einmal seiner an Größenwahn grenzenden Sucht nachgegeben, nur seine eigenen Wege zu wandeln, ganz besonders, wenn ihn diese in Widerspruch mit der übrigen öffentlichen Meinung setzen".[17])

---

[16]) Gr. P., Nr. 7229.
[17]) Gr. P., Nr. 8202.

Tardieus Artikel wurde auch in London kühl aufgenommen und warf, wie Graf Metternich schrieb, „einen kleinen Schatten in die Feststimmung".[18]) Man kann allerdings schwerlich annehmen, daß die amtlichen politischen und militärischen Stellen Frankreichs hinter Tardieu gestanden hätten. Sie wußten genau, daß die Weiterentwicklung der militärischen Besprechungen für Frankreich durchaus befriedigend war. Erst wenige Monate vorher, im Januar 1908, waren zwischen dem englischen und französischen Generalstab bestimmte Richtlinien zur Anordnung der wichtigsten militärischen Maßnahmen bei Kriegsausbruch festgelegt worden.

Der Abschluß der englisch-französischen Militärkonvention.

Ueber den Fortgang der englisch-französischen militärischen Verhandlungen in den Jahren von 1908—1911 sind wir noch nicht unterrichtet.

Im März 1911 ließ der englische General Wilson, der spätere Generalstabschef, dem französischen Generalstab mitteilen, daß wichtige Verbesserungen für das englische Expeditionskorps angenommen worden seien. Das Expeditionskorps sollte nunmehr 6 Divisionen betragen und seine Mobilmachung und Ueberfahrt erheblich beschleunigt werden.

Ueber diese neuen Maßnahmen berichtete am 24. März 1911 der französische Militärattaché in London:

„Diese Vorschläge sind im Einverständnis mit dem Kriegsministerium und dem Generalstabschef angenommen worden. Aber beide wünschen, daß man wohl verstehen möge, daß ebensowenig wie bisher der neue Plan die englische Regierung irgendwie verpflichte und in keiner Weise eine Entscheidung vorwegnehme, zu deren Anordnung sie im gegebenen Augenblick gezwungen sein könnte. Sie werde wie früher freie Hand behalten, einzugreifen oder nicht, und selbst die Truppenstärke zu bestimmen, die sie zum gegebenen Zeitpunkt auf das Festland zu entsenden wünsche."[19])

Es sollte sich sehr bald zeigen, wie sicher die französische Regierung und der französische Generalstab auf die britische Unterstützung rechnen durften. Die erste Marokkokrise hatte die erste grundlegende Aussprache zwischen den Generalstäben beider Länder hervorgerufen, die zweite

---

[18]) Gr. P., Nr. 8205.

[19]) Les Armées Françaises dans la Grande Guerre. Tome premier, Imprimerie Nationale, Paris 1925, S. 48.

Marokkokrise, Sommer 1911, brachte den Abschluß der Militärkonvention.

Auf dem Höhepunkt der deutsch-französischen Krise eilte der englische Generalstabschef, General Wilson, nach Paris. Dort fand am 20. Juli 1911 im Kriegsministerium eine Konferenz zwischen ihm und dem französischen Generalstabschef, General Dubail, statt.[20])

In dieser Konferenz wurden alle bisher aufgestellten Bedingungen für eine Zusammenarbeit im Kriegsfall nachgeprüft, ergänzt und endgültig fixiert. In dem Protokoll dieser Konferenz wurde auch jetzt wieder von britischer Seite die völlige Handlungsfreiheit der britischen Regierung festgestellt. Dies konnte Frankreich nicht beunruhigen, um so weniger, da noch während der Besprechungen am 21. Juli der Schatzkanzler Lloyd George in seiner berühmten Rede auf dem Bankett zu Ehren des Gouverneurs und des Direktoriums der Bank von England klar zum Ausdruck brachte, daß ein deutsch-französischer Krieg wegen Marokko England an der Seite Frankreichs sehen werde.

Ueber den weiteren Inhalt der Konvention sind wir durch ein für die englische Regierung bestimmtes Memorandum Poincarés vom 23. Januar 1922 unterrichtet. Poincaré schreibt:

„Was nun den Abschluß einer Militärkonvention betrifft, so scheint die Abneigung, die Herr Lloyd George dagegen bekundet, darauf zu beruhen, daß er sich die wahre Tragweite unserer Forderung nicht vergegenwärtigt hat.

Es ist unmöglich, ein etwaiges Zusammenwirken der Land-, See- und Luftstreitkräfte beider Länder vorzusehen, ohne Bestimmungen zu treffen, die dies Zusammenwirken zur Tat machen. Das ist so zweifellos, daß im Jahre 1911, als die französische und britische Regierung keine Verpflichtung eingegangen waren, die beiden Generalstäbe dennoch ermächtigt worden waren, miteinander eine richtige Vereinbarung zu treffen. Im Lauf einer Konferenz zwischen dem General Dubail und General Wilson hatte man nach dem über diese Zusammenkunft aufgenommenen Protokoll „wesentliche Fragen geklärt und vorbereitende Maßnahmen vorgesehen, die unentbehrlich sind, um eintretendenfalls das tatsächliche Zusammenarbeiten der verbündeten Armeen unter den bestmöglichen Bedingungen sicherzustellen". In diesem Zusammenhang hatten sich beide Generalstäbe über folgende Punkte verständigt:

---

[20]) a. a. O. S. 49 ff.

1. Zusammensetzung der englischen Landungsarmee;
2. Seetransporte;
3. Ausschiffungen auf französischem Boden und Aufenthalt in Uebergangslagern;
4. Eisenbahntransporte;
5. Aufmarschgebiet, Tag der Beendigung der Transporte;
6. Verpflegung.[21])"

Der Aufmarsch der englischen Truppen sollte im Anschluß an den linken Flügel der französischen Armee erfolgen (à la gauche du dispositif des armées françaises),[22]) und zwar sollte das Aufmarschgebiet die Gegend von Busigny, Maubeuge und Hirson umfassen. Dementsprechend wurde zum erstenmal in dem französischen Operationsplan XVI bis vom 6. September 1911 mit einer englischen Armee auf dem linken Flügel gerechnet. Die englischen Truppen waren also so postiert, daß sie sofort auf dem belgischen Kriegsschauplatz eingreifen konnten. Ihr Führer, General Wilson, der Chef der Operationsabteilung, war vollkommen davon überzeugt, daß Deutschland durch Belgien marschieren werde. Churchill erzählt in seinen Erinnerungen von der Sitzung des englischen Reichsverteidigungsausschusses vom 23. August 1911, in der General Wilson den deutschen Aufmarschplan erläuterte:

„Durch überwältigendes und ins einzelne gehendes Material wurde bewiesen, daß Deutschland alle Vorbereitungen für den Durchmarsch durch Belgien getroffen hatte."[23])

Und an einer weiteren Stelle schreibt Churchill über General Wilson: „Alle Wände seines Zimmers waren mit riesigen Karten von Belgien bedeckt, auf denen jede Straße, die das deutsche Heer zum Einfall nach Frankreich benutzen konnte, genau eingetragen war. Seinen Urlaub benutzte er dazu, diese Straßen und das sie umgebende Gelände kennenzulernen."[24])

Im französischen Generalstabswerk werden die von den beiden Generalstäben in bezug auf das englische Expeditions-

---

[21]) Documents relatifs aux Négociations concernant les Garanties de Sécurité contre une Aggression de l'Allemagne, Paris 1924, Nr. 23. Deutsche Ausgabe im Verlage der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1924, S. 115 ff.

[22]) Aussage Joffres vor dem Untersuchungsausschuß über Briey, zitiert bei F. Engerand: La Bataille de la frontière. Briey, Paris 1920, S. 46.

[23]) W. S. Churchill, Weltkrisis, 1911—1914. K. F. Koehler, Leipzig 1924, S. 49.

[24]) a. a. O. S. 45.

korps getroffenen Maßnahmen folgendermaßen zusammengefaßt:

„Die Ausschiffungen sind für die drei Häfen Le Havre, Rouen und Boulogne vorgesehen, in ihnen muß sich für die ganze Dauer der Operationen der Nachschub der englischen Armee einrichten. Das in den Häfen gelandete Expeditionskorps verbleibt dort 36 Stunden; es wird dann in den den Häfen naheliegenden Bahnhöfen verladen, fährt in die Gegend von Amiens und Busigny und wird grundsätzlich in der Zone Maubeuge, Busigny, Hirson ausgeladen.

Auf Grund der vorgesehenen Maßnahmen wird das englische Expeditionskorps umfassen: ein großes Hauptquartier, zwei Armee-Hauptquartiere, sechs Infanteriedivisionen, eine Kavalleriedivision, zwei berittene Brigaden, Armeetruppen und Nachschubformationen. Die Gesamtstärke der kämpfenden Truppen beträgt 121 000 Mann."[25])

*

In dem am 20. Mai 1913 angenommenen Operationsplan XVII werden in Anhang 7 die genauen Daten der Landung des britischen Expeditionskorps angeführt.[26]) Das Expeditionskorps selbst wurde in Plan XVII mit der Chiffre W. bezeichnet.

Man kann nach diesen Ausführungen wohl verstehen, daß sich Sir Edward Grey am 3. August 1914 in keiner beneidenswerten Lage befand. Er mußte dem Unterhaus die Gründe für ein Eingreifen Englands in dem auf dem Festlande entbrannten Krieg darlegen. Er mußte nun zum erstenmal von den zwischen England und Frankreich bestehenden militärischen und maritimen Abmachungen sprechen und mußte dem Unterhaus seinen Brief an den französischen Botschafter vom 22. November 1912 mitteilen.

Aber selbst in dieser so ernsten Stunde wagte Grey nicht, dem Unterhaus die volle Wahrheit zu sagen. Ueber die englisch-französischen militärischen Besprechungen und Abmachungen ging er in einigen Worten allgemeinen Inhalts hinweg. Er sprach nicht klar aus, daß für den Kriegsfall militärische Bindungen Englands vorgesehen waren. Er verlas den Brief, den er am 22. November 1912 an Paul Cambon geschrieben hatte, aber er unterschlug den letzten Satz seines Briefes, der das Inkrafttreten der militärischen Abmachungen mit Frankreich betraf:

---

[25]) Les Armées Françaises dans la Grande Guerre. Tome premier, premier Volume. Imprimerie Nationale, Paris 1925, S. 50.

[26]) a. a. O. Annexes, S. 20.

„Wenn diese Maßnahmen eine Aktion einbegriffen, so sollten die Pläne des Generalstabes sogleich berücksichtigt werden und die Regierungen würden dann darüber entscheiden, wieweit sie in Wirklichkeit treten sollten."

Sonderbare Geschichtsschreibung.

Der Sekretär des „Niederländischen Komitees zur Untersuchung der Ursachen des Weltkrieges", P. J. van Megchelen, hat uns in einem Schreiben vom 23. März 1925 gebeten, den nachstehenden Aufsatz „Sonderbare Geschichtsschreibung" von Jan J. Bruna in der „Kriegsschuldfrage" aufzunehmen. Wir kommen dem Wunsche des Niederländischen Komitees selbstverständlich gerne nach. Die Schriftleitung.

In der Dezembernummer der Zeitschrift: „Die Kriegsschuldfrage" finden wir einen Artikel: „Die neutrale Erforschung der Kriegsursachen, von Dr. Herman Harris Aall" vor, der unsern Vorsitzenden und unser Komitee direkt berührt. Der Form nach eine Antwort auf einen Aufsatz der Septemberlieferung dieser Zeitschrift, greift er doch tatsächlich den guten Namen Dr. Japikses in seiner Eigenschaft als Mann der Wissenschaft und als Mensch an und spricht uns das Recht ab, die Tätigkeit der Central Commission for Neutral Investigastion of the Causes of the World War fortzusetzen.

Unserm Vorsitzenden wird durch die Art und Weise, in der er persönlich angegriffen wird, eine Erwiderung tatsächlich unmöglich gemacht. Ein Mann mit Selbstachtung kann sich in keine Debatte mit einem Verfasser einlassen, der die Grenzen des Schicklichen in einem solchen Grade verletzt, daß man sich verwundert fragt, wie sein Machwerk in die Kriegsschuldfrage aufgenommen werden konnte.*) Ich bedaure dieses um so mehr, da ich naturgemäß Dr. Japikses Zwecke nicht mit der gleichen Autorität wie er selbst verdolmetschen kann, aber auch deswegen, weil Dr. Aall, der Verfasser des fraglichen Aufsatzes, sich zweifellos sehr große Verdienste gerade in der Frage der Verwirklichung der Untersuchung über die Ursachen des Weltkrieges erworben hat. Er ist der Mann, dessen mutiger und durchgreifender Initiative der Zentralausschuß sein Entstehen und die Tatsache, daß sein Werk anfänglich in Amerika Unterstützung fand, zu danken hatte.

*) *Audiatur et altera pars! Die Schriftleitung.*

Als Generalsekretär des Zentralausschusses von dem Augenblick an, wo dieser seine Tätigkeit im Sommer des Jahres 1922 tatkräftig anfaßte, bis zu dem Zeitpunkte, in dem unser Komitee sich am 1. Januar 1924 zum Ausscheiden genötigt sah, glaube ich über die Angelegenheiten des Zentralausschusses mehr auf der Höhe zu sein als Dr. Aall, von dem der Zentralausschuß nach der in der Osterwoche des Jahres 1922 abgehaltenen Kopenhagener Versammlung nur noch sehr selten direkt gehört hat.

Ueber die Vorgeschichte des Zentralausschusses will ich mich nicht auslassen; die kennt Dr. Aall besser als irgendeine andere Person. Ich will mich auf die Tatsachen beschränken, die mir aus eigener Kenntnis vertraut sind. Schon die berechtigen mich, es als eine ausgesprochene Fälschung zu bezeichnen, wenn Dr. Aall den Eindruck erwecken will, man habe dadurch, daß niederländischerseits gesagt wurde, man könne mit größerem Rechte als von einer Verschuldung des Krieges von Ursachen des Krieges sprechen, die Zwecke der Untersuchung verschoben. Damit wurde nichts weiteres bezweckt, als deutlich zu erkennen zu geben, daß wir es hier mit einer wissenschaftlich-historischen Untersuchung zu tun haben, die nach der Art der etwaigen Folgen, die das Ergebnis haben könnte, nicht fragen wollte; man wollte zum Ausdruck bringen, daß der Zentralausschuß sich ebensowenig als Richter wie als Sittenrichter aufspielen wollte.

Die dafür angeführten Gründe sind in ihrer Gesamtheit vom Zentralausschuß einstimmig angenommen worden.

In dem im Juni des Jahres 1922 festgesetzten Arbeitsplane, der sich in der Hauptsache mit dem von Professor H. Almquist und Dr. Japikse herstammenden Entwurfe deckt, wurde die Aufgabe des Zentralausschusses hingestellt als: „Eine Untersuchung nach den Ursachen, welche den Weltkrieg im Jahre 1914 herbeigeführt haben ... nichts mehr, aber nichts weniger."

Und etwas weiter wurde in diesem Fundamente der Arbeit des Ausschusses bestimmt: „Die Untersuchung hat einen historisch-wissenschaftlichen Zweck und darf demzufolge nur mit den Mitteln der historischen Methode ausgeführt werden."

Das war übrigens nichts Neues. Es stand vollkommen im Einklang mit der Veröffentlichung über die Errichtung des Zentralausschusses, in der gesagt wird: „Die Frage nach der Verursachung des Weltkrieges muß aus dem Kreise politischer Polemik gerückt werden und in einer unparteiischen wissenschaftlichen Untersuchung ihre Lösung finden." Beide Merk-

male sind einstimmig festgestellt worden. Von irgendwelcher Meinungsverschiedenheit über den Zweck der Untersuchung war keine Rede. Wenn Dr. Aall das Gegenteil behauptet, so muß er weitgehend falsch unterrichtet sein. Ich würde in diesem Zusammenhange noch andere, einstimmig gefaßte Beschlüsse des Zentralausschusses anführen können, beschränke mich aber darauf, in Erinnerung zu bringen, daß in der letzten Versammlung, die der Ausschuß anfangs Januar 1923 in Zürich abhielt, noch einmal nachdrücklich festgelegt wurde, daß der Zentralausschuß es ablehne, sich auf die Richterbank zu setzen. In dieser Hinsicht sei auf die in Nummer 2—3 des Bulletins des Zentralausschusses abgedruckte Erklärung verwiesen.

Was Dr. Aall über *seine* Wünsche hinsichtlich der Art und Weise, in der die Untersuchung geführt werden sollte, vorbringt, ist tatsächlich den Personen, die sich an der Arbeit des Ausschusses praktisch beteiligt haben, nicht unbekannt. Es liegt im Charakter der Sache, daß ich nicht berechtigt bin, mich außer auf die veröffentlichten Aktenstücke aus dem Archive des Ausschusses noch auf andere zu berufen. Wenn diese Ermächtigung einmal gegeben sein wird, dann wird sich daraus ergeben, daß Dr. Aall und seine amerikanischen Freunde bei ihren Bemühungen, dem Zentralausschusse den Weg zu bahnen, hinsichtlich der Mittel gerade so wenig wählerisch waren wie der Verfasser des Artikels in der „Kriegsschuldfrage" hinsichtlich des guten Namens eines Historikers, mit dem er in gewissen Punkten im Widerspruche steht. Angesichts eines derartigen Verfahrens darf man vielleicht daran erinnern, daß zunächst der Zentralausschuß gerade den von Dr. Aall so scharf angegriffenen Dr. Japikse zum zweiten Vorsitzenden ernannte, ihm zweitens bei der Feststellung der Satzungen die innere Leitung vollkommen anvertraute und drittens ihm zusammen mit Professor Helge Almquist aus Gothenburg den Entwurf des oben bezeichneten Arbeitsprogramms auftrug. Wissenschaftliche Arbeit derart, wie sie der Ausschuß sich zur Aufgabe gestellt hat, würde von vornherein jeder Autorität verlustig gegangen sein, wenn sie sich zum Deckmantel für „Pronunciamentos" und Urteilssprüche hergegeben hätte, die, ohne sich auf unerschütterliche Beweise zu stützen, sich nur durch „ethisches Pathos" ausgezeichnet hätten.

Dr. Aall stellt eine Reihe von Behauptungen auf, die ich nur aus eigener Wissenschaft bestreiten, aber nicht mit Beweisen widerlegen kann, da ich für den letzten Zweck Interna aus der Tätigkeit des Zentralausschusses öffentlich besprechen müßte,

wozu ich naturgemäß keine Berechtigung habe. Da ich indessen meine Kenntnisse über die Geschehnisse im Zentralausschuß nicht aus zweiter oder dritter Hand, sondern aus persönlicher Beobachtung gewonnen habe, glaube ich mit einer Autorität, die der von ihm in Anspruch genommenen zum mindesten gleichkommt, alles das bestreiten zu dürfen, was er über die tatsächliche Führerrolle des Herrn Dr. Japikse behauptet. Es ist wohl selbstverständlich, daß die Mehrheit der Mitglieder des Zentralausschusses sich dankbar alles das angeeignet hat, was unser Vorsitzender zu der Arbeit hat beitragen können. Die Leitung lag gleichzeitig in den Händen von Professor Reuterskiöld als Vorsitzenden bei Gelegenheit unserer Versammlung in Stockholm und in der Professor Bächtolds bei unserer Züricher Zusammenkunft. Daß der Vorsitzende des Zentralausschusses gerne auf Dr. Japikses Rat hörte, halte ich für selbstverständlich. Die von Dr. Aall aufgestellten Behauptungen gehen aber viel weiter und sind dann absolut falsch.

Dr. Aall versichert, daß der Zentralausschuß nach dem Ausscheiden von Dr. Japikse — lies: von dem Niederländischen Komitee — weiter bestehen bleibt; dem möchte ich folgende Tatsachen gegenüberstellen:

1. Das Archiv des Zentralausschusses befindet sich im Besitze des niederländischen Komitees und ist von niemand beansprucht worden;

2. während des letzten Jahres seiner Tätigkeit war der Zentralausschuß finanziell vollständig auf das niederländische Komitee angewiesen und

3. ist der Zentralausschuß dem niederländischen Komitee und dem Schreiber der vorliegenden Zeilen ziemlich beträchtliche Beträge schuldig. Bestünde er tatsächlich noch, dann würde er zweifellos diese Schuld abgetragen haben.

Ueber die Antwort, die das niederländische Komitee auf seine Anfrage wegen Mitarbeit seitens der Mitglieder des Zentralausschusses, auf deren Mitbetätigung das niederländische Komitee Wert legt, erhalten hat, kann ich mich schwerlich anders als ganz im allgemeinen auslassen. Herr Dr. Aall wird es nicht schwer fallen, das von den in Frage kommenden Herren selbst zu erfahren; vielleicht wird er dann mit Bedauern empfinden, daß die Mitglieder des Zentralausschusses, die ihre Aufgabe doch anders aufgefaßt haben, als darin lediglich eine Sinekure zu erblicken, auch hinsichtlich der Lage und des Rechts auf Fortsetzung der Tätigkeit des Zentralausschusses

eine andere Auffassung hatten als er und diejenigen seiner Landsleute, die am Zentralausschusse beteiligt waren.

Gegenüber den Mitgliedern des niederländischen Komitees ist in den Versammlungen mit offenen Karten gespielt worden. Für sie werden diese Zeilen daher wahrscheinlich nicht viel Neues bieten, aber gegenüber den Lesern der Zeitschrift: „Die Kriegsschuldfrage", die, wie ich hoffe, von dem vorliegenden Aufsatze Kenntnis nehmen werden, will ich mich im Interesse der neutralen Untersuchung nicht anders als hier geschehen auslassen.

JAN. J. BRUNA.

Eine Entschließung des Senats der Vereinigten Staaten von Amerika.

Wie wir im Märzheft unserer Zeitschrift Seite 186 mitteilten, hat der Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten den Antrag des Senators Owen angenommen, wodurch die Bücherei des Kongresses angewiesen wird, eine unparteiische Zusammenstellung des Tatsachenmaterials zur Frage der Ursachen des Weltkrieges vorzubereiten. Wir bringen den Wortlaut dieser Entschließung, den uns Geheimrat Professor Hans Delbrück liebenswürdigerweise zur Verfügung gestellt hat, hier im vollen Wortlaut zum Abdruck. Der Senatsausschuß teilt hierin noch mit, daß die Annahme des Materials mit dem 1. Februar 1926 abgeschlossen wird.

Die Schriftleitung.

68 th Congress
20 Session

S. RES. 339.

In the Senate of the United States.
February 16, 1925

Mr. Owen submitted the following resolution; which was referred to the Committee on Foreign Relations
February 17 (calendar day, February 21), 1925

Reported by Mr. Owen, without amendment; considered and agreed to.

Resolution:

1 Resolved, That the legislative reference service of the
2 Congressional Library shall cause to be prepared for the
3 Senate an impartial abstract and index of all authentic im-

4 portant evidence, heretofore made available in printed from
5 or otherwise readily accessible, bearing on the origin and
6 causes of the World War, omitting all inconsequential matter.
7 The abstracts shall be submitted to the Committee on Foreign
8 Relations not later than February 1, 1926.

MONATSBERICHT.

Presseschau, aus Zeitschriften.

AMERIKA.

Für Revision des Versailler Vertrages. Rede des Prof. Barnes. „Berliner Tageblatt", 16. März 1925. Nr. 127.

Professor Dr. Harry Elmer Barnes, den unsere Leser bereits aus seiner großen Abhandlung über die Ursachen des Weltkrieges kennen (vgl. „Die Kriegsschuldfrage" Oktober 1924), hat am 14. März in Northampton (Massachusetts) in der „Vereinigung für Auswärtige Politik" eine Rede über die „Kriegsschuldfrage" gehalten, die gleichzeitig durch den Rundfunk über 200 000 Hörern zugänglich gemacht wurde. Barnes führte aus, Rußland und Frankreich seien an erster Stelle für den Weltkrieg verantwortlich und Poincaré und Iswolski gebühre in diesem Falle das persönliche Verdienst. Die Zurückziehung der französischen Truppen um 10 Kilometer hinter die Grenze sei eine reine Geste gewesen, um England günstig zu stimmen. „Die Friedensbedingungen von Versailles, die auf der bequemen und dogmatischen Annahme von Deutschlands Alleinschuld gestützt sind, sind die weitaus ungerechtesten und räuberischsten erdrückenden Erpressungen in der Geschichte aller Verträge."

Wie die „Kölnische Zeitung" dazu weiter meldet (17. März, Nr. 199), kam es bei der Rede Barnes zu einer erregten Aussprache zwischen Barnes und seinem weiblichen Kollegen, Professor der Geschichte, Margueritte Clement, in deren Verlauf sie Barnes der Parteilichkeit verdächtigte. Die Zuhörerschaft spaltete sich in zwei Parteien, die ihrer Ansichten in stürmischen Zurufen Luft machten. Das Festessen mußte unter allgemeinem Tumult abgebrochen werden.

„Professor Murray Butlers Antwort in der Kriegsschuldfrage.“
Von Alfred v. Wegerer, Leiter der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen.

„Berliner Tageblatt“, 18. März 1925.

Im Einverständnis mit der Redaktion des „B. T.“ geben wir den Aufsatz in vollem Wortlaut hier wieder:

Die Leser des „Berliner Tageblatts“ werden sich noch erinnern, daß in der Neujahrsausgabe die Antworten hervorragender Amerikaner mitgeteilt wurden, die das Blatt auf eine Umfrage in den Vereinigten Staaten über die Beziehungen Amerikas zu Deutschland erhalten hat.

Von den wertvollen Aeußerungen fiel die Mitteilung des New-Yorker Professors Nicolas Murray Butler insofern aus dem Rahmen, als Butler trotz seiner bekundeten freundlichen Gesinnung gegenüber Deutschland in der Kriegsschuldfrage eine höchst angreifbare Auffassung in folgenden Worten zu erkennen gab:

„Wir bleiben auch auf unserer Verurteilung der deutschen Regierung bestehen, weil sie den Krieg provoziert und angestiftet hat und weil ihre Kriegsführung grausam, barbarisch und unbarmherzig war. Wir glauben auch, daß die liberalen Elemente des deutschen Volkes, wenn sie erst einmal die Wahrheit über diesen Krieg und über seine Führung erfahren, genau derselben Auffassung sein werden, die heute in Amerika, England und Frankreich vertreten wird.“

Da dieses Urteil keineswegs mehr, wie Professor Butler annimmt, ohne Einschränkung als die Auffassung Amerikas, Englands und Frankreichs hingestellt werden kann, hat die „Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen“ Herrn Professor Butler gebeten, seine Behauptungen in der Monatsschrift „Die Kriegsschuldfrage“ näher darzulegen und zu begründen.

Professor Butler hat dies in einem Schreiben vom 17. Januar 1925 abgelehnt. Er will die Verantwortung für den Weltkrieg nicht diskutieren, sondern ist vielmehr daran interessiert, Mittel und Wege zu finden, das wirtschaftliche, soziale und politische Leben der Nationen wieder aufzubauen. Er sei bemüht gewesen, ein Gefühl freundlicher Gesinnung für das deutsche Volk und des Vertrauens um seine Zukunft zum Aus-

druck zu bringen. Ueber seine Auffassung in der Kriegsschuldfrage schreibt er wörtlich:

„Gleichzeitig war ich nicht willens, mich der Anklage auszusetzen, die Dinge nicht so zu nehmen, wie sie wirklich sind, indem ich die Frage des Ursprungs des Krieges gänzlich übersah. Aus diesem Grunde und nur aus diesem Grunde allein wurden die Anfangssätze in meinem Brief aufgenommen." („At the same time, I was unwilling to expose myself to the charge of not facing the facts as they are, by wholly overlooking the question of the origin of the War. It was for this reason, and this reason alone, that the early paragraphs of my letter were included.")

So sehr wir die gute Absicht Professor Butlers, zur Verbesserung der Beziehungen der Nationen beizutragen, zu schätzen wissen, müssen wir uns doch mit aller Deutlichkeit dagegen verwahren, daß von einem Mann der Wissenschaft noch heute, über fünf Jahre nach dem Kriege, ein Urteil nachgesprochen wird, das in der ganzen Welt, und zwar gerade von den liberalsten Elementen, deren Meinung Professor Butler für sich in Anspruch nimmt, als ein schweres Unrecht und die größte Geschichtslüge bezeichnet wird.

Diktatorische Urteile in der Kriegsschuldfrage von Politikern sind wir gewöhnt, und die öffentliche Meinung hat es auch gelernt, diese Urteile entsprechend einzuschätzen. Aber von einem Professor, der auf seinen wissenschaftlichen Ruf bedacht ist, dürfte man doch verlangen, daß, wenn er als Bekenner eines so harten Urteils hervortritt, er auch so viel Verantwortlichkeitsgefühl aufbringt, seine Thesen in der Oeffentlichkeit zu begründen. Jedenfalls können wir Professor Butler als Wissenschaftler noch weniger das Recht zusprechen, die Kriegsschuldfrage, die für uns in erster Linie eine Ehrensache ist, einfach als „Chose jugée", oder wie es kürzlich Lansing im Januarheft der „Current History" ausgedrückt hat, als einen Fall zu bezeichnen, der nicht mehr aufgegriffen wird. Daß Professor Butler aber, vielleicht ohne es zu merken, mit seiner rückständigen Auffassung in den Vereinigten Staaten ziemlich isoliert dasteht, dürfte nach den letzten Veröffentlichungen hochangesehener Amerikaner wie Fay, Bausman, Barnes, Schmitt, Langer, Lingelbach, Schevill u. a. kaum mehr zweifelhaft sein. Butler setzt sich aber auch zu dem offiziellen Amerika in Widerspruch, da die Vereinigten Staaten als erste Großmacht des ehemaligen Feindbundes soeben beschlossen haben, den zum zweiten Male gestellten Antrag des Senators

Robert L. Owen, die Kriegsschuldfrage im Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten zu untersuchen, anzunehmen.

Wir möchten Professor Butler für den Fall, daß er sich doch noch entschließen sollte, sein Urteil in der Kriegsschuldfrage in der Stille seines Studierzimmers nachzuprüfen, empfehlen, zunächst einmal zu unterscheiden zwischen dem österreichisch-serbischen Konflikt und dem Weltkrieg.

Wir hoffen, daß ihm bekannt ist, daß das Attentat auf den Erzherzog Franz Ferdinand, das die Veranlassung zu diesem Krieg gegeben hat, auf Anstiften eines aktiven serbischen Generalstabsoffiziers verübt worden ist. Auch sei, was erst kürzlich ans Tageslicht kam, daran erinnert, daß alle Mitglieder des serbischen Kabinetts Paschitsch im Juli 1914 von dem beabsichtigten Mord wußten und das Verbrechen kaltblütig geschehen ließen, nachdem ein unzulänglicher Versuch des Innenministers Stojan Protitsch, die Mörder beim Ueberschreiten der Drina festzuhalten, fehlgeschlagen war.

Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen wird auch Professor Butler zugeben müssen, daß Oesterreich von Serbien in verbrecherischer Weise provoziert worden ist. Wer nach dieser Tatsache, deren Kenntnis wir dem Eingeständnis des ehemaligen serbischen Unterrichtsministers Jowanowitsch verdanken, sich heute noch moralisch auf die Seite der serbischen Regierung von 1914 stellt, schließt sich selbst aus der Gesellschaft anständiger Menschen aus.

Wohl hat die deutsche Regierung Oesterreich zu sehr freie Hand gelassen und nicht rechtzeitig genug erkannt, wie sehr sich die österreichische Regierung auf ein kriegerisches Eingreifen gegen Serbien verbohrt hatte. Sobald Deutschland aber einsehen mußte, daß der Konflikt sich nicht mehr lokalisieren ließ, war es unermüdlich bestrebt, Oesterreich zum Aufgeben seiner kriegerischen Absichten gegen Serbien zu bewegen und es zu veranlassen, sich mit der Sicherung eines Faustpfandes zu begnügen, bis seinen Anforderungen entsprochen worden sei. In dieser Auffassung stimmte Bethmann Hollweg mit Sir Edward Grey durchaus überein. (Englisches Blaubuch Nr. 88.)

Daß sich die deutschen Bemühungen nicht mehr ganz auswirken konnten, weil die russische allgemeine Mobilmachung einen neuen, viel gefährlicheren Konflikt schuf, dürfte Herrn Professor Butler auch nicht unbekannt sein. Eine Rechtfertigung für die russische allgemeine Mobilmachung ist bis

heutigen Tages nicht erbracht worden. Durch die russische allgemeine Mobilmachung war aber das militärische Gleichgewicht Europas zum Nachteil Deutschlands so empfindlich gestört, daß sich die deutsche Regierung, namentlich in Anbetracht der Haltung Frankreichs, gegen die Bedrohung des Zweifrontenkrieges zur Wehr setzen mußte, ehe es zu spät war.

Diese Dinge, die jedem Sachverständigen bekannt sind, und die den Revisionismus in der Kriegsschuldfrage begründet haben, scheinen an Professor Butler spurlos vorübergegangen zu sein.

Wenn auch das letzte Wort in der Kriegsschuldfrage noch nicht gesprochen werden kann, so ist es doch nicht mehr angängig, selbst wenn man amerikanischer Professor ist, sich aufs hohe Pferd zu setzen und, wie es Theodor Wolff in seinem „Vorspiel" ausdrückt, einfach als „Papagei nachzuplappern", was „alle Welt" in ihrer Unwissenheit für richtig hält.

*

„Part of Germany in precipitating War". Von William Stearns Davis.

„The Springfield Weekly Republican", 5. Februar 1925.

„Prof. Barnes' reply to Prof. Davis". Von Prof. Harry Elmer Barnes.

„The Springfield Republican", 26. Februar 1925.

Eine deutsche Uebersetzung dieser amerikanischen Schuldfragendiskussion bringen wir im Maiheft dieser Zeitschrift.

„July 1914 as it appears in February 1925". Von Prof. Harry Elmer Barnes.

„The new Student", 28. Februar 1925.

Nach einer kurzen Einleitung, in der Barnes die neuesten Mitteilungen in der Kriegsschuldfrage berührt, bringt er seine Auffassung in der Kriegschuldfrage in 12 Thesen zum Ausdruck. Der Inhalt deckt sich im wesentlichen mit seinem Aufsatz in „The Springfield Republican".

*

BELGIEN.

Aus Belgischen Dokumenten. Von Oberst a. D. Bernhard Schwertfeger.

„Süddeutsche Monatshefte", März 1925.

Schwertfeger, der augenblicklich eine deutsche Ausgabe der 1919 im französischen Originaltext veröffentlichten Belgischen Dokumente vorbereitet, gibt einen Ueberblick über den Inhalt der wichtigsten Gesandtschaftsberichte und Zirkulare.

*

DEUTSCHLAND.

Zur Kriegsschuldfrage. Eine Entgegnung. Von Hans Delbrück.

„Wissen und Leben. Neue Schweizer Rundschau", 15. März 1925.

In Heft 23 vom 10. November 1924 von „Wissen und Leben" hatte Ed. Combe einen Artikel veröffentlicht: „Culpabilité et responsabilité", auf den Hans Delbrück nun antwortet. Combe hatte ausgeführt, daß der Artikel 231 des Versailler Vertrages nur von einer „Verantwortung", nicht von einer „Schuld" Deutschlands spreche. Demgegenüber weist Delbrück darauf hin, daß dies nicht die Auslegung derjenigen sei, die Deutschland gezwungen haben, den Vertrag zu unterzeichnen. Delbrück fordert Combe, der die „Schuldlüge" für eine „eingebildete Anklage" und für „das Zeichen eines beunruhigten Gewissens" hält, öffentlich auf, sich zu den Ergebnissen des Buches von Fabre-Luce zu äußern.

*

Streitfragen des Weltkrieges. Von General d. Inf. a. D. von Kuhl.

„Militärwochenblatt", 25. März 1925.

General von Kuhl gibt eine eingehende Besprechung des unter gleichem Titel erschienenen Buches von Generalleutnant a. D. Kabisch.

*

Kiderlen-Wächter und sein Biograph. Von Prof. Dr. Paul Herre.

„Deutsche Allgemeine Zeitung", 15. März 1925, Nr. 126.

Professor Herre hebt in einer großen kritischen Abhandlung die Vorteile und Nachteile der von Professor Jäckh her-

ausgegebenen Publikation von Briefen und Telegrammen Kiderlen-Wächters hervor.

*

ENGLAND.

War responsibility in 1914 and to-day. By Emile Cammaerts. Edinburgh Review, January 1925.

In der Edinburgh Review, jener alten Vierteljahrsschrift, die schon Goethe mit Eifer gelesen hat, ist ein Aufsatz von Emile Cammaerts, der, nach seinem Namen zu urteilen, ein Vlame ist, erschienen über „Die Verantwortlichkeit für den Krieg 1914 und heute". Der Essay hat die dort übliche Form der Besprechung mehrerer Schriften, die den Gegenstand behandeln. Diese Schriften sind aber nur englische und französische, darunter Oman und Poincaré. Die einzige, von der man sagen kann, daß sie eines gerechten Urteils sich befleißigt, ist die History of Europe von Gooch. Der Inhalt ist im wesentlichen eine Wiederholung der Legende und enthält ein erhebliches Zugeständnis nur in dem Satze: „Obgleich die Verantwortlichkeit (der Deutschen) im allgemeinen noch anerkannt wird, so erscheint doch die Initiative, zu der sie damals sich entschlossen, mehr und mehr wie der Funke, der das Pulvermagazin in Flammen setzte." — Bemerkenswert ist nur, was der Verfasser als sein Widerleger charakterisiert. Er will ausdrücklich der neuerdings in Großbritannien, wohl nicht am wenigsten in Schottland, sich ausbreitenden richtigeren Ansicht entgegenwirken, weil er offenbar deren siegreiches Vordringen fürchtet. Dies spricht sich darin aus, daß er (p. 41) aus der von dem ehemaligen Sir Edward (jetzt Lord) Grey am 15. November in New Castle gehaltenen Rede folgende Worte anführt: „Ich bin zu dem Schlusse gekommen, daß — von welcher Art auch immer die Schuld Deutschlands an der Herbeiführung des Krieges in jenem Jahre gewesen sein mag — das, was den Krieg wirklich unvermeidlich machte, das Wachstum der Rüstungen gewesen ist." Wenn man diese Rede mit derjenigen vom 3. August 1914 vergleiche, meint der Verfasser, so werde man gewahr werden, wie bedeutend die Veränderung der Auffassung (the change of outlook) sei, die während der letzten 10 Jahre in England und Schottland sich ereignet habe. Er fährt dann fort: „Der Krieg wird nicht mehr betrachtet als die überlegte Handlung der Zentralmächte, ihre Hegemonie in Europa durch schiere Gewalt ohne irgendwelche Rücksicht

auf ihre internationalen Verpflichtungen und ohne alle Achtung vor der Unabhängigkeit kleinerer Staaten zu sichern; er wird vielmehr betrachtet als das verhängnisvolle und unvermeidliche Ergebnis der Politik, die von sämtlichen Großmächten seit dem Anfange des Jahrhunderts verfolgt wurde. Er wird nicht mehr beurteilt, als ein internationales Verbrechen, sondern vielmehr nach Art eines Naturereignisses wie ein großer Bodensturz oder ein Erdbeben, ein Ereignis also, das keine menschliche Voraussicht, keine staatsmännische Klugheit hätte verhindern können."

FERDINAND TÖNNIES.

*

FRANKREICH.

Les origines de la guerre. Les archives vont être ouvertes. Von Victor Margueritte.

„l'ère nouvelle", 6. März 1925.

Victor Margueritte teilt mit, daß die französische Regierung die Absicht habe, die französischen Dokumente über den Ausbruch des Weltkrieges zu veröffentlichen. Margueritte begründet seine Mitteilung damit, daß Herriot die Veröffentlichung der Dokumente dem Deputierten Fontanié auf eine Anfrage in der Kammer zugesagt habe. Margueritte beglückwünscht Herriot zu seinem Entschluß, der um so notwendiger gewesen sei, da Deutschland schon seit langem auf diesem Wege vorangegangen sei. Wörtlich schreibt er: „Es ist im Interesse der Gerechtigkeit und des Friedens dringend zu fordern, daß dem Unglück ein Ende gemacht wird, das aus dem verhaßten und gefährlichen Artikel 231 des Vertrages von Versailles entstanden ist. Dieser Artikel enthält die Anerkennung der Schuld, die dem Besiegten unter Androhung von Hunger und Kanonen gewaltsam abgequält wurde. Das Verdikt war ein Machtspruch, keine Gerechtigkeit ... Man wird also endlich, und zwar je schneller, desto besser, diesen Artikel 231 revidieren müssen, ohne dessen Revision niemals eine moralische Entwaffnung zwischen Deutschland und uns und also kein wirklicher Frieden, keine sichere europäische Versöhnung möglich ist." Gewiß werde die Sichtung und Veröffentlichung der französischen Dokumente eine sehr langwierige Arbeit erfordern, zumal man bis zum Jahre 1912 zurückgehen müsse, in dem Poincaré mit seiner Abenteurer-Politik die vorsichtige Politik seiner Vorgänger verdrängt habe.

Dank der französischen Initiative habe der große unvermeidliche Prozeß vor dem Forum der Weltgeschichte begonnen. Herriot, der den Mut dazu gefunden habe, dürfe sich dieses als eines der größten Verdienste seiner politischen Karriere anrechnen.

Dazu schreibt der Pariser Korrespondent der „Kölnischen Zeitung" (7. März 1925, Nr. 175): „An den maßgebenden französischen Regierungsstellen wird diese Ankündigung Marguerittes in der „ère nouvelle" als unzutreffend bestritten. Es wird angedeutet, daß es sich wohl um einen von Caillaux veranlaßten Vorstoß der „Liga für Menschenrechte" gegen die Regierung handeln könnte. Es gehen aber schon seit einiger Zeit hier in Paris Gerüchte um, daß der frühere, neuerdings wieder in die diplomatische Laufbahn aufgenommene Generalsekretär des Ministeriums des Auswärtigen, Philippe Berthelot, beauftragt worden sei, die betreffenden französischen Urkunden zu veröffentlichen. Diese Absicht sei jedoch an dem Widerspruch Poincarés gescheitert, der gesagt habe, man solle diese Aufgabe besser einem Manne übertragen, der nicht so unmittelbar an den damaligen Vorgängen beteiligt gewesen sei, daß man ihn deshalb eines Mangels an Objektivität bezichtigen könne."

*

Das französische Generalstabswerk. Von Alfred von Wegerer. „Deutsche Allgemeine Zeitung", 24. März 1925, Nr. 140.

Eine Kritik der Darstellung des französischen Generalstabswerkes über die Vorgeschichte und den Kriegsausbruch, wobei in erster Linie die falschen Behauptungen über Deutschlands militärische Maßnahmen bei Kriegsausbruch hervorgehoben und richtiggestellt werden.

*

Die Rückkehr des Verbannten. Josef Caillaux. Von Paul Block. „Berliner Tageblatt", 27. Februar 1925, Nr. 98.

Ueber die Rückkehr Caillaux' zur Politik schreibt der Pariser Korrespondent des „Berliner Tageblattes": „Josef Caillaux wollte den Frieden durch die wirtschaftliche Annäherung der Staaten Europas. Er wollte die Gefahr, die er kommen sah, durch die Barrieren gegenseitiger Interessen ein-

zäunen. Nicht die Einseitigkeit des politischen Nationalismus konnte nach seiner Ueberzeugung im neuen Europa ein Land groß machen, sondern sagen wir es mit seinen eigenen Worten: „Un immense rapprochement était indispensable". (Caillaux: „Où va la France? Où va l'Europe?" Seite 274.) Dieser Gedanke schloß jede konservative Entwicklung seiner Politik aus.

Weil Caillaux so dachte, hat er die Gefahr eines Konfliktes nach dem Abenteuer von Agadir verhindert. Weil er mit Erbitterung und Verzweiflung sah, daß der Krieg jede Hoffnung auf die von ihm geträumte wirtschaftliche Föderation für ein Menschenalter vernichtete, wollte er dem Blutvergießen rechtzeitig ein Ende machen. Es ist ein vollkommener Unsinn, diesen Mann einen „Freund" Deutschlands zu nennen. Wer sich der Verhandlungen über den Kongo-Vertrag und später über Agadir erinnert und Gelegenheit gehabt hat, ein wenig hinter die Kulissen zu schauen, der weiß, daß Caillaux ein zäher Verteidiger der Interessen Frankreichs gewesen ist. Die Ueberzeugung, die ihn damals geleitet hat, spricht Alfred Fabre-Luce in der Formel aus: „Die Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland war der sichere Krieg, eine Entente Frankreichs und Deutschlands wäre der sichere Frieden." (La Victoire, Seite 136). Es wäre interessant, ein genaues Protokoll über die Unterredungen zu haben, die in den Julitagen des Jahres 1911, unmittelbar nach dem Panthersprung, Caillaux mit Herrn von Gwinner in Paris gehabt hat. Die Folgen sind bekannt. Caillaux, Ministerpräsident und in Vertretung Minister des Aeußeren, telegraphierte dem Botschafter Paul Cambon nach London, daß Frankreich auf eine Gegendemonstration verzichte und auch von England keine Demonstration ähnlicher Art verlange. Die gefährliche Verschärfung des Konflikts wurde damals verhindert, aber aus jener Zeit datiert die Feindschaft der Poincaré und Millerand, die Caillaux sieben Jahre später zur Strecke gebracht hat."

*

Zu den Memoiren Georges Louis. Von Ernest Judet.
„Neue Zürcher Zeitung", 1. März 1925, Nr. 323.

Judet wendet sich gegen einen Artikel von Aulard, den dieser am 8. Februar in der „Neuen Zürcher Zeitung" über Georges Louis veröffentlicht hat und in dem er Judet vorwirft, daß er eine persönliche Rache an Poincaré habe nehmen

wollen. Dazu schreibt Judet: „Es ist Zeit, diesem Geschwätz ein Ende zu machen, das schon so lange hat dazu herhalten müssen, die Wahrheit zu verbergen und die Schuldigen zu decken. Was wohl auch geschehen mag: Die Frage ist aufgeworfen, die Diskussion eröffnet und man muß die Wahl zwischen den beiden gegensätzlichen Richtungen Caillaux' und Poincarés treffen. Seien Sie überzeugt, daß nichts die Bedeutung der in meinem Buche angeführten Dokumente herabsetzen kann. Gestatten Sie mir sogar beizufügen, daß die Gerechtigkeit jetzt, da an sie appelliert worden ist, gezwungen ist, sich in einer Diskussion, die angesichts der ganzen Welt geführt wird, vollkommene Genugtuung zu verschaffen. Ich bin nicht der einzige, der das Eingreifen eines Staatsgerichtshofes für nötig hält."

*

Le télégramme 100 du livre jaune. Von Henri Géache. „L'Universel", März 1925.

Der Verfasser gibt eine Analyse des Telegramms Nr. 100 des französischen Gelbbuches. Seine Beweisführung geht darauf hinaus, zu zeigen, daß bereits in diesem Telegramm Paléologue die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung gemeldet habe. Trotz der interessanten Ausführungen muß diese Schlußfolgerung als unrichtig bezeichnet werden, da dem Verfasser anscheinend nicht bekannt ist, daß Telegramm Gelbbuch Nr. 100 den eigenartigen Weg von der französischen Botschaft in Petersburg über das russische Außenministerium und die russische Botschaft in Paris an die französische Regierung gemacht hat. Das Telegramm trägt die Botschaftsnummer 304 und ist in seinem vollen Wortlaut veröffentlicht bei Romberg „Die Fälschungen des russischen Orangebuches", Seite 30. Der Wortlaut bei Romberg stimmt mit dem des Gelbbuches 100 überein.

*

ITALIEN.

Documenti Diplomatici Tedeschi: Von Tommaso Tittoni. „Nuova Antologia", 1. März 1925.

Zu den in der Großen Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes veröffentlichten Dokumenten über die geplante Zusammenkunft Wilhelm II. mit dem französischen Präsidenten Loubet (Gr. P. Bd. 20, I, S. 105 ff.) hat der ehemalige italienische

Außenminister Tittoni in einem offenen Brief an die Zeitschrift „Nuova Antologia" Stellung genommen. Zu der geplanten Begegnung schreibt Tittoni: „Als Graf Monts (der deutsche Botschafter in Rom) mir die Andeutungen machte, antwortete ich, daß ich hierüber sehr glücklich wäre. Immerhin bemerkte ich, daß Italien von seiner im Parlament angekündigten Politik nicht abweichen würde, nämlich Treue für den Dreibund und Freundschaft für England und Frankreich. Hinsichtlich der Bewegung verheimlichte ich meine Skepsis nicht, da ich die Abneigung der öffentlichen Meinung in Frankreich gegen eine solche Begegnung wohl kannte und darum deren Ausführung für unmöglich hielt." „Dem Grafen Monts — schreibt Tittoni weiter —, der trotz seines langen Aufenthalts in Rom die italienische Mentalität so wenig verstehen lernte wie der Kaiser, gefiel meine Formel von der Treue für den Dreibund und der Freundschaft für England und Frankreich keineswegs, und er legte darum in seinen Geheimberichten großen Aerger und große Besorgnisse über Loubets Besuch in Rom und so plumpe Gereiztheit gegen mich an den Tag, während Fürst Bülow jene Formel völlig akzeptabel fand."

In einer Unterredung mit dem „Giornale d'Italia" (vergl. „Berliner Tageblatt", 5. März 1925, Nr. 108) bestätigte Giolitti die Ausführungen Tittonis und fügt hinzu: „Italien betrachtete den Dreibund als reine Defensivallianz, die als solche gute Freundschaftsbeziehungen zu anderen Mächten nicht ausschloß. So war der Dreibund für uns ein Instrument des Gleichgewichts, und unsere Politik wurde in eminenter Weise Friedenspolitik. Auch Fürst Bülow schätzte diese Bedeutung und den Wert unserer Politik hoch ein." Auch Giolitti hat scharfe Worte für den Grafen Monts, der durch seine irrige Auffassung der Dinge das Berliner Kabinett beeinflußt habe. Darüber habe er, Giolitti, bei seinem Besuche in Homburg den Fürsten Bülow aufgeklärt.

*

SERBIEN.

Serbiens Kriegsschuld. Von Alfred von Wegerer. „Die Zeit", 6. März 1925, Nr. 89.

Im Zusammenhang mit den letzten Enthüllungen von serbischer Seite über die Vorbereitung des Mordes von Sarajewo wird auf die große Bedeutung des sogenannten „Dossier" (Oesterreichisch-ungarisches Rotbuch Nr. 19) hingewiesen, das

die damals bekannten Beweisstücke für die Mitschuld der serbischen Regierung enthielt und das in unverantwortlicher Weise von der österreichisch-ungarischen Regierung erst am 25. Juli den fremden Regierungen zugestellt wurde und so spät eintraf, daß eine Prüfung seines Inhalts unmöglich war. Der sich aus diesem „Dossier" ergebende Verdacht einer Mitwisserschaft der serbischen Regierung ist inzwischen durch serbische Zeugnisse bestätigt worden.

*

„Valnader fran anno 14." „Gespenster aus dem Jahre 1914."
„Svenska Dagbladet", 7. März 1925.

Der Artikel enthält eine eingehende Beurteilung des Aufsatzes im Februarheft der „Kriegsschuldfrage" über die Mitwisserschaft der serbischen Regierung an der Ermordung des Erherzogs Franz Ferdinand.

*

„Das Attentat von Serajewo und die Belgrader Außenpolitik". (anläßlich einer Kampagne). Von Lj. Jovanowitsch.

„Politika", 22. März 1925, vergl. deutsche Uebersetzung dieses Aufsatzes Seite 213 dieser Zeitschrift.

*

UNGARN.

Tisza und der Weltkrieg.

„Frankfurter Zeitung", 22. März 1925, Nr. 218.

Die Ungarische Akademie der Wissenschaften veröffentlicht jetzt den ersten Teil der von ihr gesammelten Briefe, die der ehemalige ungarische Ministerpräsident Stephan Tisza während des Krieges geschrieben hat. Er umfaßt die Zeit vom Juni bis Dezember 1914. Nur wenige Briefe sind aus der Zeit der Julikrise und des Kriegsausbruchs, und von diesen sind die wichtigsten bereits im österreich-ungarischen Rotbuch 1919 veröffentlicht.

Bücherschau.

B i s m a r c k und die Nordschleswigsche Frage 1864—1879. Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes zur Geschichte des Artikels V des Prager Friedens. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes herausgegeben von Walter Platzhoff, Kurt Rheindorff und Johannes Tiedje. Mit einer historischen Einleitung von Walter Platzhoff. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1925.

D a n i e l s , Emil: Englische Staatsmänner von Pitt bis Asquith und Grey. Georg Stilke, Verlagsbuchhandlung, Berlin 1925.

E b r a y , Alcide: Der unsaubere Frieden (Versailles). Aus dem Französischen von Thea Nowack. Verlag für Kulturpolitik, München 1925, 415 S.

H i s t o r y of the great War, based on official Documents. By direktion of the Historical Section of the Committee of Imperial Defence. Military Operations. France and Belgium, 1914. Compiled by Brigadier-General J. E. Edmonds. Macmillan and Co., London 1925, 548 S.

K i n g E d w a r d VII. A Biography by Sir Sidney Lee. Vol. I, Macmillan and Co., London 1925.

M o n t g e l a s , Max, Count: The Case for the Central Powers. An Impeachment of the Versailles Verdict. Translated by Constance Vesey. George Allen & Unwin, London 1925, 255 S. Englische Uebersetzung des „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage".

*

Bei der Schriftleitung eingegangene Bücher:

D i o g e n e s : Der Friede. Die Ueberwindung des Krieges. Freiland-Freigeld-Verlag. Berlin-Bern 1925, 39 S.

K n u b b e n , Dr. Rudolf: Diplomatische Vorgeschichte des Weltkrieges. Separatabdruck aus Wörterbuch des Völkerrechts und der Diplomatie. Herausgegeben von Privatdozent Dr. K. Strupp, Verlag von Walter de Gruyter & Co., Berlin und Leipzig 1925. (Noch nicht im Handel.)

S t a a b s , H. von, General d. I. a. D.: Aufmarsch nach zwei Fronten. Auf Grund der Operationspläne von 1871—1914. Verlegt bei E. S. Mittler & Sohn, Berlin 1925, 85 S.

S t e h l e , Dr. Bruno: Die farbigen Fronvögte am Rhein. Eine Tragödie. Im Selbstverlag, München o. J., 36 S.

Druck von Otto Elsner, Berlin S 42